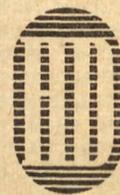


# HOCHSCHUL-DIENST



INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

JAHRGANG XVII — NR. 22

Bonn, 23. November 1964

AUSGABE A

## AFI — Brücke zwischen Wissenschaft und industrieller Anwendung

Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen

Im Juni dieses Jahres hatte die AIF, der derzeit 59 Forschungsvereinigungen angehören, die etwa 80 % der in der Bundesrepublik tätigen gemeinnützigen Forschungsvereinigungen umfassen und einen weiten Bereich der gewerblichen Wirtschaft umspannen, ihr 10jähriges Bestandsjubiläum feiern können. Am 16. und 17. d. M. hielt sie nun ihre Jahreshauptversammlung in Bad Godesberg ab.

Im Rahmen der vorhergehenden internen Mitgliederversammlung konnte die Geschäftsführung den in der AIF zusammengeschlossenen Forschungsvereinigungen einen Bericht über ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr vorlegen. Es ist bereits zur Tradition geworden, daß eine Vortragsreihe, in der Forscher aus Mitgliedsvereinigungen über ihre Arbeit berichten, die Jahreshauptversammlung umrahmt. Fachreferate hielten: Prof. Dr. E. Knoop/Kiel über „Milch als kolloidales System“; Prof. Dr. H. Wiegand/Darmstadt über „Grenzflächenprobleme im Maschinenbau als Aufgabe für die Werkstoffforschung“ und Prof. Dr. H. Rath/Stuttgart über „Das Wesen der Hydrotropie und ihre Bedeutung für die chemische Technik“.

Im offiziellen Teil der Tagung konnten sich die anwesenden Zuhörer in einem Referat von Mr. Richard Ashton, M. A. B. Sc., Attachée für Naturwissenschaften und Technik der britischen Botschaft („Die finanzielle Förderung der industriellen Forschung durch den Staat unter besonderer Berücksichtigung Großbritanniens“) über Verhältnisse der Forschungsförderung in England informieren. Prof. Dr. Karl Löhberg/Berlin, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates der AIF, gab einen Bericht über die Aufgaben und die Arbeit des Wissenschaftlichen Rates. Prof. Dr. Pascual Jordan/Hamburg hielt ein sehr interessantes Referat über „Die Entwicklung unseres Wissens vom Weltall“. Einen Weg für eine Ausbildung von Konstrukteuren an den Technischen Hochschulen wies Prof. Dr. Karl Kollmann/Karlsruhe in seinem Vortrag „Das konstruktive Gestalten als schöpferische Kraft des Ingenieurs“. (In einer unserer nächsten Ausgaben werden wir diese Referate näher besprechen.)

Nachstehend fringen wir die Ausführungen des Präsidenten der AIF, Dr.-Ing. E. h. Herbert Stussig, vollinhaltlich zum Abdruck:

★

„... Ich darf mich nun dem eigentlichen Geschäftsbericht zuwenden und zunächst darauf verweisen, daß Ihnen allen ein ausführliches und gedrucktes Exemplar vorliegt. Mit Ihrer Erlaubnis will ich daraus nur einiges Wichtige herausgreifen, da Sie sicher schon Gelegenheit hatten oder haben werden, ihn aufmerksam durchzulesen. Sie wissen alle, daß wir in diesem Frühsommer unser 10jähriges Bestehen gefeiert haben und eine Reihe von Ihnen haben ja auch an der kleinen Feier, die wir aus diesem Anlaß veranstaltet haben, teilgenommen. Meine wesentlichen Ausführungen dazu sind ebenfalls dem Geschäftsbericht zu entnehmen, und ich habe darin ausgeführt, wie wir von der Treuhänderschaft der uns angeschlossenen Verbände zur treuhänderischen Verwaltung der uns vom Bundeswirtschaftsministerium übergebenen ansehnlichen Geldmittel geworden sind. Es ist eine echte Selbstverwaltungsaufgabe von Wirtschaft und For-

schung, die anvertrauten Gelder zur Förderung der industriellen Forschung zu verwenden. Die Zielsetzung der Mittel — ich darf es nochmals wiederholen — ist, durch Forschung die Wirtschaftskraft der kleinen und mittleren Industrie in Deutschland zu stärken.

Daß dabei die Grundlagenforschung nicht zu kurz kommt, ist bekannt, und ich darf aus jüngster Zeit in diesem Zusammenhang an die erfolgreiche Insulin-Synthese von Herrn Prof. Dr. Zahn in Aachen oder an die Grundlagenuntersuchungen über die Schäden an optischen Gläsern durch niedere Pilze, die an der Bundesanstalt für Metallprüfung in Berlin-Dahlem durchgeführt wurden, erinnern. Die Überlappung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung ist aus Teilgebieten so groß, daß viele Forscher eine Trennung ablehnen, ja geradezu für unmöglich erklären. Trotzdem besteht die Tatsache, daß die Grundlagenforschung von ihrer Konzeption her zweckfrei ist und wir längere Zeiträume, Jahre oder Jahrzehnte, dabei berücksichtigen — fallen gewissermaßen als Nebenprodukte dabei an. Umgekehrt ist es vielleicht bei der angewandten Forschung, die zweifellos das Ziel verfolgt, wirtschaftlichere und bessere Verfahren oder Produkte zu entwickeln. Daß dabei auch viele Grundlagenforschungsergebnisse anfallen, ist selbstverständlich, und ich habe ja zwei solcher aus dem letzten Jahr eben erwähnt. Eine besondere Frage ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung, die bei unseren wichtigsten Konkurrenten auf industriellem Gebiet, den Angelsachsen und Japanern, durchaus zur Forschung, zur angewandten Forschung genauer gesagt, gehört. Ich bin der Meinung, daß auch die Förderung der Entwicklung noch zum Bereich des Forschens gehört, und wir werden uns in den nächsten Jahren mit der Terminologie und Abgrenzung bei der Forschungsförderung noch zu befassen haben. Auf keinen Fall dürfen wir dabei eng und kleinlich vorgehen, und es ist unsere Aufgabe, die öffentliche Hand davon zu überzeugen, daß Forschung und Entwicklung miteinander eng verzahnt sind.

Grundlage unserer Arbeit ist der im Jahre 1962 zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und der AIF abgeschlossene Vertrag, den wir in den letzten Jahren im ge-

### INHALT

„Bildung in der modernen Welt“ . . . . .	4
Fortschritt in der Bildungspolitik . . . . .	6
FDP-Gesetzentwurf für Hamburger Universitätsgesetz . . . . .	7
Der Weg durchs Ausland — ein Umweg? . . . . .	8
Aus der Arbeit des Deutschen Akademischen Austauschdienstes . . . . .	10
Kurz berichtet . . . . .	10
Personalien . . . . .	11
Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie . . . . .	16

gegenseitigen Einverständnis mehrfach verbessern konnten. So haben wir insbesondere die Bewilligung und Auszahlung der Zuschüsse auf das Kalenderjahr abgestellt. Die frühere Bewilligung nach Arbeitsjahren brachte ein starkes Ansteigen der sogenannten Ausgabenreste an, die immer wieder einen Stein des Anstoßes bei den Haushaltsdebatten bilden. Durch die jetzige Umstellung ist es gelungen, die Haushaltsreste ganz erheblich zu vermindern und damit auch dem Bundeswirtschaftsministerium seine Arbeit zu erleichtern.

Vielleicht darf ich hier noch 3 Globalzahlen über das Jahr 1963 nennen. Die bei uns zusammengeschlossenen Forschungsvereinigungen, rund 60 an der Zahl, haben ein Forschungsvolumen von 77 Millionen Mark gehabt. Davon stammten in runden Zahlen 16 Millionen Mark von der AIF bzw. vom Bundeswirtschaftsministerium, weitere 6 Millionen kamen von den Ländern und rund 55 Millionen wurden von der Industrie aufgebracht. Im ganzen doch ein recht erfreuliches Verhältnis und weit besser als der Schlüssel 1 : 1, der gelegentlich von der Öffentlichen Hand — nicht mit Unrecht, wie mir scheint — gefordert wird.

Ich möchte an dieser Stelle, nach Nennung dieser Zahl, ausdrücklich dem Bundeswirtschaftsministerium danken für die großzügige Art, in der die Mittel bewilligt und abgerechnet werden. Das Wirtschaftsministerium verläßt sich dabei zum großen Teil auf unsere treuhänderische Funktion, die wir uns bemühen so sorgfältig und gewissenhaft wie möglich zu erfüllen.

Trotzdem müssen wir immer aufs neue die Forderung erheben, der wirtschaftsnahen Forschung mehr Mittel zuzuführen als bisher. Immer wieder werden nach unserem Gefühl Forschungsmittel als ein Etatposten angesehen, den man beschneiden kann, ohne allzuviel Wählerstimmen zu verlieren. Aus dieser Bemerkung mögen Sie ersehen, daß ich mich mit dieser Kritik an die dem Wirtschaftsministerium übergeordneten politischen Instanzen wende und nicht an die Beamten dieses Hauses, die sicher ihr Bestes tun und von der Notwendigkeit der Förderung überzeugt sind. Auch auf dem Gebiet der Forschung und Wissenschaft steigen die Kosten, die personellen ebenso wie die sachlichen Aufwendungen, und es müßte für die gesetzgebenden Körperschaften eine Selbstverständlichkeit sein, auch die Aufwendungen für die Wissenschaft in dem Rhythmus zu erhöhen, in dem andere Ausgaben gesteigert werden. Selbst eine jährliche Aufstockung um die bekannten 6 % der durchschnittlichen Erhöhung des Sozialprodukts beläßt uns nur auf demselben Stand, während es unsere Aufgabe sein muß, steigend einen größeren Teil des Volkseinkommens dafür zu verwenden, der steigenden Bedeutung von Wissenschaft und Forschung in der modernen Industriegesellschaft entsprechend.

Der Zeitplan unserer diesjährigen Veranstaltung erlaubt mir nicht, Sie auch dieses Jahr mit längeren grundsätzlichen Betrachtungen in Anspruch zu nehmen. Ich darf aber wenigstens zu zwei oder drei aktuellen Themen einige Worte sagen, die ich aus meiner persönlichen Sicht heraus für notwendig halte.

#### **Bundeszuschüsse für die Forschung effektiv geringer**

Und so möchte ich im Zusammenhang mit dem eben Gesagten auf die wiederholten Erklärungen der Bundesregierung, auch des Herrn Bundeskanzlers und mancher Länderregierung über die steigenden Aufwendungen hinweisen, die sie für Wissenschaft und Forschung bereit sind, auf sich zu nehmen. Zwischen den Beteuerungen auf der einen Seite und den für Wissenschaft und Forschung — so wie wir sie verstehen — aufgewandten Mitteln besteht ein merkwürdiger Widerspruch. Während die Mittel, die im Haushalt wirklich oder anscheinend bereitgestellt werden, wachsen, werden die Zuschüsse für die effektive Forschung eher geringer. Ich meine, daß sich dieser Widerspruch zwanglos damit erklärt, daß wir zuviel und zu teuer bauen. So mögen die Aufwendungen der Regierungen durchaus für die Pflege der Wissenschaft schlechthin steigen und trotzdem für die eigentliche Forschung abnehmen. So spricht man von einem Aufwand von 2 Milliarden für die neue Universität in Bochum, von Beträgen in ähnlicher Höhe für die neue Technische Hochschule in Dortmund, weiterhin von 450 Millionen für die Universität in Konstanz, also verhältnismäßig billig, 500 Millionen für die medizinische Akademie in Ulm usw. Eine Ingenieurschule in meiner engeren Heimat wird, wenn sie fertig ist, 36 Millionen Mark kosten für 600 Hörer, und es sind einige Dutzend davon in Deutschland geplant. Nach einem Bericht des Stifterverbandes, der eine Reihe

von Hochschulbauten aus unseren Nachbarländern zitiert, kostet z. B. die neue und moderne Wirtschaftshochschule in St. Gallen für 1200 Studenten nicht mehr als 15 Millionen Schweizer Franken, ein modernes neues Technikum in Lyon nur 9 Millionen neue französische Franken und ähnliches mehr. Einige von uns haben vor zwei Jahren die großzügige Anlage der neuen Technischen Universität in Delft für 7000 Studenten besichtigen können, deren Bauaufwand nur 280 Millionen Gulden beträgt. Wir haben hier nicht die Möglichkeit, uns über die Notwendigkeit unseres Aufwandes zu unterrichten und die Zahlen zu prüfen. Aber sie sind zweifellos die Erklärung dafür, daß bei steigendem Aufwand für die Wissenschaft die eigentliche Forschung immer knapper mit Mitteln bedacht wird. Wir müssen die verantwortlichen Gremien aufrufen, diese ungeheuren Bauprogramme dahin zu überprüfen, ob der Aufwand überhaupt noch in einem vertretbaren Verhältnis zu dem gewünschten Zweck steht.

#### **Rückkehr junger Wissenschaftler erschwert**

Von brennender Aktualität ist ebenso die Frage unseres wissenschaftlichen Nachwuchses und seines Verbleibs in unserer Forschung. Noch vor kurzem hat sich eine Tagung in Essen nur mit diesem Thema beschäftigt. Die Abwanderung nach Amerika ist die eine Seite des Problems, und man hat sich mit großem Ernst und großer Gewissenhaftigkeit bemüht, die Beweggründe zu analysieren. Die größere Freiheit für den einzelnen Forscher, die größere Selbständigkeit und die in der amerikanischen Teamarbeit begründete Möglichkeit, gleichberechtigt und gleichgeachtet an den Forschungsaufgaben mitzuarbeiten, dürften die Hauptbeweggründe sein. Das sind alles zweifellos wichtige, ja gewichtige Motive für die Fernsehnsucht unseres wissenschaftlichen Nachwuchses.

Aber ich glaube, man sollte der materiellen Seite doch auch etwas mehr Beachtung schenken, als dies in der bisher üblichen Motivierung zum Ausdruck kommt. Die Bezahlung ist allein schon durch den wohl in erster Linie politisch begründeten Kurs von 4 : 1 drüben erheblich besser. Sie ist es vor allem für den jungen Mann, der drüben schnell zum Auto, zu einem Haus, ja manchmal sogar zu einer Frau kommt. Es ist später nicht mehr so vorteilhaft, und ich meine, daß das amerikanische Hochschulwesen für den älteren Wissenschaftler und akademischen Lehrer nicht mehr so anziehend ist, wie es dem wissenschaftlichen Nachwuchs vorkommt. Aber die Rückkehr, heute öfter wie noch vor einigen Jahren, ist nicht leicht. Es sind wohl auch gewisse Prestige Gründe, die eine starke Anziehungskraft in Richtung des Verbleibs in USA ausmachen.

Vielleicht sind aber auch gewisse Imponderabilien dabei unterschwellig viel stärker wirksam als wir selbst zugeben möchten. Deutschland hat den Versuch gemacht, aus der Geschichte herauszutreten. Es hat den Gedanken der Reichsidee und der Großmacht, wie es scheint, endgültig aufgegeben. Dort wo wir es noch sind, wie z. B. auf industriellem Gebiet, auf dem weiten Gebiet des Welt Handels, sind wir es fast gegen unseren Willen wieder geworden. Ich meine, daß die Zugehörigkeit zu einer großen und erfolgreichen Nation, unter deren Schutz es sich wohl sein läßt, auch nicht ganz ohne Einfluß bleibt. Viele von uns werden sich eines Buches erinnern, daß vor 30 oder 40 Jahren geschrieben war und dessen erste Worte das stolze Bekenntnis „civis britannicus sum“ ist. Der diese Worte schrieb, stammte aus einem neutralen, wenn auch wohlhabenden Land, das keine Niederlagen auf dem Schlachtfeld überstanden hatte, und er war stolz darauf, sein kleines Vaterland abgeschüttelt zu haben und nun Bürger einer Großmacht geworden zu sein. Wer immer Gelegenheit hat, mit amerikanischen Neubürgern oft zusammen zu sein, weiß, welch große Rolle dieses in ihrem Denken und Fühlen oft uneingestanden spielt. Solche Dinge spielen auch eine Rolle und nur eine gewisse ethische Selbstzensur sucht die Begründung gern — vielleicht sogar mit einer gewissen eigenen Überzeugung — auf anderen Gebieten.

#### **Fachgebundene Hochschulreife — Abwertung des Gymnasiums**

Die andere Seite des Problems ist die Förderung des Nachwuchses an Wissenschaftlern und qualifizierten Ingenieuren. Wir sind weit entfernt von den Forderungen des Amerikaners Milton Friedman, der die Bildung durch den Bildungstrebenden bezahlt haben möchte. Er ist der Ansicht, daß der übergroße Andrang durch ökonomische Erwägungen auf ein weises Maß gebracht würde und fordert für die freie Wirtschaft auch auf diesem Gebiet als Steuerungsmittel die Wirtschaftlichkeit. Der Ausgleich müßte

später im Gehalt gefunden werden, wobei das durch die Zeit des Studiums verloren gegangene Einkommen unter dem Sammelbegriff „opportunity lost“ kompensiert werden müßte.

Nun, wir haben uns zu dem anderen Weg entschlossen und fördern die Weiterbildung großzügig durch Stipendien, ja es sind sogar Bestrebungen im Gange, diesen Weg der Förderung in ein regelrechtes Gehalt umzuwandeln. Das scheint mir weit über das Ziel hinauszuschießen. Es muß den Pädagogen und Sozialpolitikern überlassen bleiben, da eine weise Stellung zu beziehen und Maßnahmen auf diesem Gebiet nicht etwa unter dem Druck eines Wahljahres zu beraten.

Ich meine aber, daß es — auch vom Standpunkt der Industrie aus gesehen — nicht richtig ist, eine fachgebundene Hochschulreife einzuführen, wie es Nordrhein-Westfalen versucht, indem man sozusagen minder- und höherberechtigte — bald wird man sagen: höher- und minderwertige — Gymnasialtypen schafft. Wenn es eine Schulart gibt, deren Besuch zu jeder Art von Hochschule und Universitätsstudium berechtigt, dann wird dies in den Augen der Öffentlichkeit der beste Schultyp sein. Dem gegenüber werden die Gymnasialtypen, die nur zum Besuch einer Technischen Hochschule oder der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät berechtigt sind, nach meinem Gefühl abgewertet werden. Es wird letztlich dann der Jurist z. B. der einzige sein, der mit gewissem Recht darauf hinweisen kann, daß er die vorzüglichste und umfassendste Ausbildung gewonnen hat und daraus das Recht ableiten, jede Stellung auszufüllen. Wenn schon fachgebundene Hochschulreife, dann bitte so, daß man beim Übergang vom altsprachlichen, als des nichtfachgebundenen Gymnasiums an die Technische Hochschule nachprüft, wie es mit der Ausbildung in Mathematik, Geometrie und den naturwissenschaftlichen Fächern aussieht.

Ich weiß, daß dies ein heikles Eisen ist und daß ich auch hierzu nur meine persönliche Meinung äußere, habe aber die Auffassung, daß wir, die wir uns für den wissenschaftlichen Nachwuchs mitverantwortlich fühlen, in einer Demokratie die Pflicht haben, Bedenken auch öffentlich anzumelden.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Sie konnten nur wenige Einzelgebiete flüchtig berühren und ließen vieles

ungesagt, was — zur Alltagsarbeit gehörend — gleichwohl richtig ist.

Dazu gehört die Öffentlichkeitsarbeit, mit der wir unsere Arbeit und unser Bild bekannt machen wollen.

Die Förderung der Bildung neuer Forschungsgemeinschaften bei der kleinen und mittleren Industrie und ihre Heranziehung zu unserer Arbeit.

Die Sorge um die Nachfolge unserer Institutsleiter, die Tertragsforschung und manches andere.

Soviel Namen, so viele Arbeitsgebiete. Es sind Aufgaben, die wir nicht suchen, sondern die auf uns einströmen und die wir lösen müssen, wenn wir in dieser dynamischen Welt in Übergang von der linearen zur exponentiellen Entwicklung unseren Platz in Wissenschaft und Wirtschaft behaupten wollen.

### **Wissenschaft und Forschung — wichtige Träger der Handelsbilanz**

Kehren wir von diesen weit gespannten Ansichten über brennende Tagesprobleme wieder zu unserem engeren Aufgabengebiet zurück. Auch hier haben wir Auffassungen gebildet, die wir vertreten und durchsetzen wollen. So scheint uns heute die enge Berührung, ja Verknüpfung zwischen Wissenschaft und industrieller Auswertung brennender denn je zu sein. Die Inflation bei manchen unserer großen Handelspartner führt in Verbindung mit den festgehaltenen Währungsrelationen dazu, daß wir für diese Länder eine verhältnismäßig billige Einkaufsquelle darstellen. Daraus erklärt sich ein großer Teil unserer Ausfuhr und unseres Überschusses in der Handelsbilanz. Es ist nicht anzunehmen, daß dies immer so bleiben wird, und es wird der Zeitpunkt kommen, wo wir die Ausfuhr auf einer echten Überlegenheit im Angebot aufbauen müssen, und das wird in der Regel die geistige Leistung sein, die wir mit verkaufen müssen. Bessere Konstruktionen, neue Verfahren, neue Produktion müssen den Anteil, den wir in der Weltwirtschaft errungen haben, verteidigen. Sie sind im wesentlichen ein Ergebnis von Forschung und Wissenschaft und einer industriellen Anwendung. So müssen wir alle, insbesondere die für unser Geschick Verantwortlichen, voraus denken, um zu wissen, daß wir unsere Anstrengungen auf diesem Gebiet nicht verkleinern, sondern im Gegenteil erheblich vergrößern werden müssen. Dies allein sichert uns den hohen Lebensstandard. Er wäre bei Zurückbleiben der Forschung nur durch längere Arbeitszeiten oder durch sparsame Lebensführung zu verteidigen. Unser Volk wird wahrscheinlich nicht dazu geneigt sein.

So sehen wir in der AIF die wichtigste Brücke zwischen der Wissenschaft und dem weiten Bereich der industriellen Anwendung. Und hier warten nur die Aufgaben des Tages, die, so klein sie erscheinen mögen, doch mühevoller Arbeit bedürfen. Wir haben uns vorgenommen, die Bildung von neuen Forschungsvereinigungen anzuregen, insbesondere für die Klein- und Mittelindustrie. Wir können diese Forschungsvereinigungen nicht selbst gründen. Das muß Aufgabe der Industrie selbst sein. Aber wir können dabei helfen und die Initiative dort anstoßen. Es gibt eine ganze Reihe von Industrien mit vielen Klein- und Mittelbetrieben, die noch kaum von der Forschung berührt sind. Ich will ihre Namen hier nicht nennen. Aber jedem, der nachdenkt, werden solche Sparten einfallen, die dringend einer Befruchtung durch Wissenschaft und Forschung bedürfen.

Wir streben aber auch an, passende Forschungsvereinigungen bei uns aufzunehmen. Es werden wohl rund vier fünfstel aller in Betracht kommenden Forschungsvereinigungen schon Mitglieder der AIF sein. Aber es ist wünschenswert, und zwar von jedem Standpunkt aus, daß sich alle bei uns vereinen, soweit sie natürlich die nötigen Voraussetzungen mitbringen.

### **Nachfolgeprobleme in den Forschungsinstituten**

Als dritte Aufgabe haben wir uns auch noch die Förderung des wissenschaftlichen Gedankenaustausches gesetzt. Dafür haben wir ein geeignetes Forum in unserem Wissenschaftlichen Rat, der zweimal im Jahr zusammenkommt. Es wird seine Aufgabe sein, dafür geeignete Methoden zu entwickeln, die ein Optimum zwischen Zeitaufwand und Erfolg versprechen.

Weniger eine direkte Aufgabe — diese ruht mehr bei den einzelnen Forschungsvereinigungen —, aber doch eine gewisse Sorge macht uns die Frage der Nachfolge bei den einzelnen Forschungsinstituten. Vielfach — und das ist gut so — baut sich ein solches Institut auf und um eine solche hervorragende Forscherpersönlichkeit, und je dynamischer

## **Jahrbuch der auswärtigen Kulturbeziehungen 1964**

**Herausgeber: Dr. Berthold Martin**

mit einem **Geleitwort** von Prof. Dr. phil. Wilhelm **Kamlah**. Lexikonformat, 284 Seiten. Leinen DM 24,-.

Das Jahrbuch befaßt sich mit den Aufgaben und dem Stand der kulturellen Auslandsarbeit der Bundesrepublik.

Es informiert u. a. über

- die Träger der kulturellen Auslandsarbeit im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich
- die deutsche Beteiligung an internationalen Kulturorganisationen
- die Kulturabkommen mit fremden Staaten
- Städte-, Universitäts- und Schulpartnerschaften und
- die Kulturarbeit des Auslandes in der Bundesrepublik

Eine umfangreiche Bibliographie ergänzt das an Daten und Übersichten reiche Handbuch.



**FESTLAND VERLAG GMBH,  
BONN, Postschließfach 649**

# „Bildung in der modernen Welt“

## Der 3. Kulturpolitische Kongreß der CDU/CSU in Hamburg

Die CDU/CSU suchte mit ihrem 3. Kulturpolitischen Kongreß in Hamburg das spezifisch christliche Element moderner Kulturpolitik hervorzuheben und zugleich pragmatische Leitsätze für eine Fortentwicklung des Bildungswesens auszuarbeiten. Die Reden von drei prominenten christlich-demokratischen Kultusministern — Mikat, Hahn und Huber — zeigten, daß es eine Reihe unterschiedlicher Möglichkeiten gibt, die Frage nach dem christlichen Charakter einer Kulturpolitik in der modernen Welt zu beantworten.

### Sachgerechtigkeit, Offenheit und Brüderlichkeit.

Der nordrhein-westfälische Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat, katholischer Jurist, setzte mit einer Rede vor dem Kongreß den von ihm schon seit langem unternommenen Versuch fort, die Kulturpolitik zu „entideologisieren“ und zu „entkrusten“. Er nannte in seiner Hamburger Rede drei Prinzipien christlicher Kulturpolitik: Sachgerechtigkeit, Offenheit und Brüderlichkeit. Mikat wiederholte seine Erklärung vor dem hannoverschen Parteitag, indem er sagte, christliche Kulturpolitik verlange aus der Verantwortung heraus, sachgerecht für die Gesamtheit des Volkes politisch zu handeln. Brüderlichkeit und Offenheit seien weitere Kriterien, denn die Brüderlichkeit werde sich im Gespräch und im Verhalten nicht nur der Politiker der Union untereinander, sondern auch im Gespräch mit den Vertretern anderer Parteien zu bewähren haben. Die Offenheit sei ein christliches Postulat gegenüber dem gesamten gesellschaftlichen Raum und weise den Christen auf die Zukunft hin. Offenheit verlange das Hinören auf die Vorschläge anderer Parteien: „Es mag sein, daß eine solche Haltung sich mitunter dann eines parteipolitisch wirksamen Effektes begeben muß. Aber wer sich christlich nennt, muß diese vielleicht im Einzelfall schwächere Ausgangsposition in Kauf nehmen, um glaubwürdig zu bleiben. Der momentane parteipolitische Erfolg ist nicht das für den Christen in jedem Fall anzustrebende Ziel.“ Mikat nannte die moderne Bildungsplanung und die Kulturpolitik ein Stück Gesellschaftspolitik und plädierte für den „Mut zu Versuchen, nicht zu waghalsigen Experimenten, sondern zur nüchternen Erprobung verschiedener Möglichkeiten“. In der Sache zeigte Mikat seine Vorliebe für pragmatische Lösungen.

### Bedenken gegen Bildungsplanung

Der neue bayerische Kultusminister Dr. Ludwig Huber, ebenso wie Mikat katholischer Jurist, brachte einen Kontrapunkt in die Diskussion. Er begann seine Rede mit einer scharfen Polemik gegen die Denk- und Arbeitsmethoden der modernen Bildungsplanung und Bildungsökonomie. In ihnen sieht er Ansätze zu einem Bildungsmaterialismus, der in der Konsum- und Machtsteigerung seine Erfüllung findet. Huber malte ein Bild einer totalen Funktionalisierung und Verplanung des Menschen durch die Bildungsplanung und setzt ihm gegenüber die These von der „Entfaltung und Vollendung der menschlichen Persönlichkeit und Verantwortung vor Gott“. Er sagte: „Wir weinen dem philosophischen Idealismus, dem dritten Humanismus und dem großbürgerlichen Bildungsindividualismus des 19. Jahrhunderts gewiß keine Träne nach. Wir machen ihn im Gegenteil für das Fehlen einer gesunden Integration einer Gesellschaft, für die nationalen

(Fortsetzung von Seite 3)

und erfolgreicher sie ist, um so schwieriger wird es sein, einen Nachfolger zu finden. Sehr oft werden dann Verlegenheitslösungen gesucht und gefunden, die letztlich niemanden befriedigen und die dann lange Jahre mehr von der Tradition als von eigenen Leistungen zehren. Es ist frühzeitig notwendig, sich über die Nachfolge Gedanken zu machen und geeignete Persönlichkeiten, unter Umständen auch Ausländer, dafür in Betracht zu ziehen.

Es sind noch viele andere Bereiche, in denen wir Stellung beziehen müssen oder einen Beitrag zu liefern hätten. Denken wir nur an das große, bisher bei uns ziemlich vernachlässigte Gebiet der Auftragsforschung. Aber ich will mich mit dem wenigen hier Gesagten begnügen. Es sind Aufgaben, die wir uns nicht suchen, sondern die auf uns einstürmen und die wir lösen müssen, wenn wir in dieser dynamischen Welt unseren Platz in der Spitzengruppe der wissenschaftlichen Organisationen behaupten wollen.“

Katastrophen und für den Bildungsmaterialismus unserer Tage verantwortlich. Die Einbettung der Persönlichkeit in die soziale Wirklichkeit unseres Volkes ist eines der wichtigsten Grundelemente im Aufbau eines fortschrittlichen, gemeinsamen öffentlichen Schul- und Bildungswesens in der Gegenwart und für die Zukunft.“ Huber demonstrierte auf sehr eindrucksvolle Weise die Leistungsfähigkeit des bestehenden Schulsystems, während Mikat die Möglichkeit und Notwendigkeit aufzeigte, neue Bildungsformen zu finden.

### Konservativ und fortschrittlich zugleich

Eine mittlere Position nahm der baden-württembergische Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, evangelischer Theologe, ein. Er sagte, in dem neuen kulturpolitischen Konzept müsse der christliche Grundgedanke vorherrschend werden: „Die Mitverantwortung der Christen für die sich wandelnde Welt in geistiger Bewältigung des Säkularisationsprozesses.“ Die unmittelbare Folgerung aus diesem, die heutige katholische und evangelische Christenheit durchdringenden Impuls bedeute kulturpolitisch die Unumgänglichkeit eines neuen kulturpolitischen Wurfes: „Verzicht auf Isolierung, dafür Mitarbeit an den sachgerechten Lösungen, Einsatz an der Front der Entscheidungen, mutiges Voranschreiten zu unkonventionellen Lösungen, wenn sie dem Ganzen hilfreich sind.“ Christliche Kulturpolitik lebe in der Spannung und Dialektik von Konservativ und Fortschrittlich. Christliche Kulturpolitik sei konservativ und fortschrittlich zugleich und doch mit keinem von beiden zu identifizieren.

Hahn forderte die CDU auf, diese Ausgangsposition der christlichen Kulturpolitik zu bedenken. Es gebe keine Anpassung um jeden Preis an moderne Entwicklungen, sondern nur eine Verarbeitung des Neuen durch seine Konfrontation mit dem Alten und Verlebendigung des Alten durch seine Erschließung für das Neue. Er wiederholte noch einmal seine Thesen von der Notwendigkeit eines Bildungsrates unter der engen Zusammenarbeit von Bund und Ländern und meinte, die vertikale Dreigliederung des Schulwesens in Volksschule, Realschule und Gymnasium entspreche den modernen Anforderungen der Differenzierung der Schule. Neben das traditionelle Gymnasium sollten neue Gymnasialtypen gestellt werden, die zwar nicht die allgemeine Hochschulreife, wohl aber eine Hochschulreife für bestimmte Studien und eine Vorbildung für bestimmte Berufe geben sollten.

### Das Gymnasium kann mehr leisten

Huber, der sich in seinen theoretischen Begründungen und in seiner Polemik als ein entschiedener Konservativer auswies, überraschte in praktischen Fragen der Kulturpolitik und Bildungsplanung durch seine Thesen. Auf Grund von Ermittlungen in Bayern hält er es für möglich, mit dem traditionellen Gymnasialsystem die Zahl der Abiturienten um 50 Prozent zu steigern. Er schätzt auf Grund der bayerischen Erhebungen, die nach seiner Darlegung in völliger Übereinstimmung mit internationalen Erfahrungswerten stehen, daß für das Gymnasium eine Begabungsreserve von rund sieben Prozent eines Altersjahrganges bisher nicht genutzt werde; die Begabungsreserve für die Mittelschulen gab er mit neun Prozent an. Für diese Entwicklung machte Huber unter anderem das sogenannte katholische Bildungsdefizit verantwortlich. Er verlangte daher eine Revision der inneren Einstellung weiter Teile der katholischen Bevölkerung zur höheren Schulbildung; auch unter Bauern und Arbeitern sei eine Art Bildungsscheu zu entdecken.

Huber entwickelte drei Vorschläge, um die Begabungsreserven auszunutzen. Er befürwortete eine Bildungswerbung mittels direkter Kontaktaufnahme mit dem Elternhaus durch Aufklärung, Beratung und Ermutigung. In Bayern soll künftig in jedem Regierungsbezirk ein hauptamtlicher Schulberater diese Bildungswerbung in Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft vorantreiben. Zum anderen müsse ein engmaschiges Netz weiterführender Schulen besonders in Gebieten mit dezentralisierter Siedlungskultur aufgebaut werden. Das Fundament dieser beiden Maßnahmen aber sei eine Neuregelung des Systems der Ausbildungsbeihilfen. Huber plädierte dafür, bereits bei der Entscheidung der Eltern über den Besuch der Höheren Schule ihnen eine rechtsverbindliche Zusicherung über Ausbildungsbeihilfen zu geben, falls dem Elternhaus die Kosten einer Ausbildung nicht zugemutet werden können.

## Lehrassistenten zur Unterstützung der Lehrer

Auch der Höheren Schule redete Huber ins Gewissen. Er verlangte, daß die „Erfolgsquote“ — von 100 in die Höheren Schulen eintretenden Schülern verlassen 61,2 die Schule vorzeitig — beseitigt werde. Nach Ansicht der Höheren Schulen selbst befänden sich unter diesen 61,2 rund 8,5 Schüler, die die Hochschulreife erlangen könnten. Zugleich sei eine Intensivierung der Gymnasialbildung für Mädchen notwendig.

Auch in einer zweiten Frage überraschte Huber. Er hält es für möglich, daß künftig zur Unterstützung der Lehrer sogenannte Lehrassistenten geschaffen werden. Die Ausbildung dieser Assistenten soll sich von der der Lehrer unterscheiden. Huber hofft, auf diese Weise dem Lehrermangel wirksam begegnen zu können.

Der Geschäftsführende CDU-Vorsitzende Josef Hermann Dufhues hatte die Hamburger Tagung eröffnet und dabei erklärt, daß Bildung nicht mehr ein Privileg ohnedies nicht mehr existierender sozialer Klassen sei. Bildung müsse vielmehr jedermann ermöglicht werden.

## Erhard für ein Gesamtprogramm

Bundeskanzler Dr. Ludwig Erhard forderte in seiner Rede ein für die Gesamtpartei verbindliches Bildungsprogramm. Er sagte, die Union müsse der vom Grundgesetz gewollten Dezentralisierung des Bildungswesens die Konzentration auf ein für die Gesamtpartei verbindliches Bildungsprogramm gegenüberstellen. Mangelnde Einheit gefährde auch in der Kulturpolitik das Vertrauen, dessen eine Regierungspartei zum Erfolg bedürfe. Mit Entschiedenheit trat er dem Bildungspessimismus in der Bundesrepublik und kulturpolitischen Katastrophentheorien entgegen: „... die pessimistischen und dramatisch überspitzten Begriffe vom Bildungsnotstand und von der Bildungskatastrophe kennzeichnen weder das Problem noch bieten sie eine brauchbare Lösung.“

Der Kanzler forderte die Union auf, sich von manchen überkommenen und liebgeordneten Vorstellungen zu lösen. Es gelte nicht mehr ausschließlich der Bildungsbegriff des Humanismus der Zeit Goethes und Humboldts. Bildung bedeute in der Gegenwart für den Einzelnen wie für das Volk immer mehr Qualifikation für den Existenzkampf. Die moderne Demokratie setze neben sittlicher Haltung und Verantwortung einen gehobenen Bildungsstandard voraus. In seinen weiteren Ausführungen vertrat der Kanzler die Auffassung, daß die Leistungen beim Wiederaufbau des deutschen Bildungswesens in der Nachkriegszeit einem internationalen Vergleich standhielten. Die Sorge um das Bildungswesen sei nicht nur ein deutsches Problem, sondern eine Frage aller Industriestaaten. Künftig sei es notwendig, in der Bundesrepublik zwischen „Sozialkonsum“ und „Sozialinvestitionen“ zu unterscheiden. Es bedeute für den Staatsbürger keinen Schaden, sondern einen Gewinn, wenn ein zunehmender Teil des Volkseinkommens nicht auf den Konsum, sondern auf die Sozialinvestitionen in der Bildungspolitik entfielen. Erhard hielt eine Verdoppelung der bisherigen Leistungen des Bundes für die Wissenschaftsförderung in der fünften Legislaturperiode des Bundestages für notwendig. Gleichzeitig warnte er bei der Überwindung der Engpässe im Bildungswesen vor einem Perfektionismus — für eine begrenzte Zeit müßten auch unvollkommenere Zwischenlösungen ausreichen — und appellierte an Eltern und Schüler, Studenten und Lehrer, in der Kulturpolitik nicht alles vom Staat zu erwarten und nicht nur auf öffentliche Hilfeleistungen zu warten. Es sei eine schlechte Kulturpolitik, wenn die Eigeninitiative des Einzelnen zugunsten staatlicher Fürsorge abgelöst würde.

## Erster Wissenschaftsbericht angekündigt

Der Kanzler kündigte an, daß die Bundesregierung im Dezember ihren ersten Wissenschaftsbericht veröffentlichen werde und verlangte, daß der neue Bildungsrat unter starker Mitwirkung des Bundes ins Leben gerufen werde. Er schloß seine Rede mit der Formulierung: „Nicht der christliche Staat kann heute Ziel unserer Politik sein; entscheidender ist die überzeugende Existenz des christlichen Menschen in der Politik.“

Über „Massenmedien in der pluralistischen Gesellschaft“ referierte der Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“, Dr. Anton Böhm. Er verlangte eine ethische Selbstbindung der Massenmedien und verlangte, sie unter das Grundgesetz der Toleranz und Chancengleichheit zu stellen. Die Massenmedien dürften auf keinen Fall von den Prinzipien der demokratischen Kontrolle befreit werden. Böhm sagte: „Pressefreiheit ist unteilbar, aber lange nicht

alles, was als Presse firmiert, verdient diesen Namen.“ Die klassischen Erziehungsmächte — Familie, Kirche, Schule, Erwachsenenbildung, Verbände — hätten die Aufgabe, die Menschen zu eigenem Denken anzuleiten und sie widerstandsfähig gegen die Manipulation durch die Massenmedien zu machen.

In zwei großen Podiumsdiskussionen wurden auf dem Kongreß die Themen „Kultur und Macht“ sowie die „Bedeutung des Theaters in unserer Zeit“ erörtert. Die drei Arbeitskreise beschäftigten sich mit Fragen der Bildungspolitik, der Massenmedien sowie mit Themen der Theaterliteratur und Kunst.

## Entschließung des Kulturkongresses

### I.

Die Kulturpolitik der CDU und der CSU stellt sich den Aufgaben der geschichtlichen Situation. Sie weiß sich der Überlieferung und der Zukunft verpflichtet.

Bildungsfragen haben den gleichen Rang wie die soziale Sicherheit und die Verteidigung.

Das Ziel unserer Kulturpolitik ist der freie und verantwortungsbewußte Mensch, der durch Bildung und Ausbildung den Erfordernissen unserer Zeit gewachsen ist.

Dazu ist es notwendig, das Bildungswesen in allen seinen Stufen und Arten planmäßig auszubauen und die Ausbildungsförderung so zu gestalten, daß jeder entsprechend seiner Begabung die bestmögliche Leistung erreichen kann.

Um den Raum für die Freiheit des Menschen auch in Zukunft zu sichern, ist eine vorausschauende Bildungsplanung notwendig.

### II.

1. Ein Bildungsrat muß hierfür die notwendigen Voraussetzungen schaffen. In ihm müssen Bund, Länder und Gemeinden zusammenwirken.
2. Ein unter den Ländern untereinander abgestimmtes differenziertes Schulwesen ist am ehesten geeignet, allen Begabungen gerecht zu werden, um den sozialen Aufstieg zu ermöglichen.
3. Eine obligatorische Beratung zu Beginn des 4. Schuljahres muß alle Eltern über Bildungsweg und Ausbildungsbeihilfen aufklären.
4. Um die Zahl der notwendigen Abiturienten zu vergrößern, sollen neben der normalen Hochschulreife die Möglichkeiten für eine fachgebundene Hochschulreife erweitert werden. Auch der Ausbau des Zweiten Bildungsweges ist erforderlich.
5. Die Möglichkeiten des Fernunterrichts sollen ausgeschöpft werden, um Berufstätigen die Möglichkeit zu geben, sich die verschiedenen Bildungsgrade zu erwerben.
6. Die Möglichkeiten der Erwachsenenbildung zur allgemeinen Fortbildung müssen mehr als bisher ausgenutzt werden.

## „Die Hamburger Empfehlungen“

Beim Hamburger Kongreß, der Empfehlungen zur Bildungspolitik, zur Kulturpflege und zur Gestaltung der Massenmedien gab, wurde das Ziel christlich-demokratischer Kulturpolitik definiert als „Hebung des Bildungsniveaus in allen Stufen und vertiefte Charakterbildung durch Erziehung zur sittlichen Verantwortung“.

Die CDU/CSU hält in ihren Empfehlungen möglichst differenzierte und den individuellen und regionalen Besonderheiten angepaßten Formen der Schul- und Berufsbildung für die beste Möglichkeit, alle Begabungen zu fördern. Vom neuen Bildungsrat wird eine wesentliche Hilfe über Ausbau und Reform des Bildungswesens erwartet. Schulversuche und Schulentwicklungspläne in den Ländern und Gemeinden sollen die Arbeit des Bildungsrates unterstützen.

Eine Verlängerung der Schulpflicht und einen vertieften Unterricht in der Oberstufe der Volksschule (Hauptschule) wird angestrebt. Vom 5. Schuljahr an soll auch an den Volksschulen in einer Fremdsprache unterrichtet werden. Nachbarschafts- und Verbandsschulen sollen auf dem flachen Lande das Schulsystem verbessern. Bei der Entscheidung über die Zusammenfassung von Klassen sollen die Eltern und die Gemeinden beteiligt werden.

Die CDU/CSU tritt für eine Verbesserung des berufsbildenden Schulwesens ein und schlägt vor, Versuche mit einem zehnten Schuljahr in Verbindung mit der Berufsschule als Berufsgrundschuljahr zu erproben. Die Realschule wird als eigenständiges Bildungsinstitut für Führungsberufe angesehen, die eine akademische Ausbildung nicht erfordern. Das Netz der Realschulen soll insbesondere in ländlichen Gebieten weiter ausgebaut werden. Aufbauformen sollen den Übergang von einem Schulwesen zum anderen erleichtern.

#### **Für fachgebundene Hochschulreife**

Bei der Reform des Gymnasiums ist es nach Ansicht der Union notwendig, mehr Abiturienten zu gewinnen. Die Erhöhung der Abiturientenzahl soll jedoch nicht auf Kosten des Niveaus gehen. Eine einmalige Aufnahmeprüfung für den Übergang in das Gymnasium wird abgelehnt. An ihre Stelle sollen Formen der Beobachtung, Beratung und Erprobung treten. Die Formen der fachgebundenen Hochschulreife zur Förderung individueller Begabungen sollen fortentwickelt werden. Es sollen technische, wirtschaftliche, soziale, pädagogische und musische Formen der fachgebundenen Hochschulreife entwickelt werden. Der Zugang zu den pädagogischen Hochschulen soll durch eine fachgebundene Hochschulreife erleichtert werden.

In ihren Empfehlungen erklärte die CDU/CSU, die Bildungspolitik könne nicht am Recht der Eltern vorbeigehen. Aus der Verantwortung der Eltern für die Erziehung der Kinder folge ihr Recht und ihre Pflicht, an der Gestaltung des Schulwesens mitzuwirken. Die CDU/CSU tritt für eine Erprobung moderner Unterrichtsmittel — Sprachlaboratorien, Schulfernsehen und Schulfunk — ein. Das Fernstudium soll intensiviert werden.

Besonderen Wert legten die Unionsparteien auf eine Bildungs- und Berufsberatung. Diese Beratung soll zum erstenmal bei Beginn des vierten Schuljahres stattfinden. Zum Wohl des Schülers wie zum Nutzen der Gemeinschaft soll dabei sorgfältig ermittelt werden, in welche Richtung sich die Persönlichkeiten der Schüler am günstigsten entfalten können. In jedem Kreis soll ein besonders vorgebildeter Lehrer in enger Zusammenarbeit mit den Schulen und den Klassenlehrern die Aufgaben der Bildungsberatung wahrnehmen.

Die CDU/CSU strebt mit ihren Empfehlungen ein umfassendes System von Ausbildungsbeihilfen für alle Jugendlichen an, die für eine weiterführende Bildung geeignet sind und deren Eltern die Kosten nicht zu tragen vermögen. Neben den Ausbildungskosten sollen auch Transportkosten und Internatskosten übernommen werden. Die von der Bundesregierung beabsichtigte generelle Förderung der Ausbildung innerhalb des Familienlastenausgleichs wurde vom Kongreß für berechtigt und dringlich gehalten.

## **Fortschritt in der Bildungspolitik**

### **Bund und Länder müssen sich zu gemeinsamen Anstrengungen finden**

Der erste Schritt zum Bildungsrat ist getan. Am 28. Oktober haben die Ministerpräsidenten der Länder den Beschluß ihrer Kultusminister zur Errichtung dieses Gremiums gebilligt. Ihrer Weisung entsprechend wird eine Kommission eingesetzt, die ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern vorbereiten soll. Ich freue mich darüber, daß es nun so weit ist. Seit dem Tage meines Amtsantritts habe ich mich als Bundesminister des Innern bemüht, dem Bildungsrat den Weg zu ebnen. Jetzt kommt es darauf an, daß die Länder und der Bund die Verhandlungen im Geiste vernünftiger Partnerschaft zu einem Ergebnis führen, das der Sache gerecht wird.

Unter vernünftiger Partnerschaft verstehe ich, daß der Bund den Ländern in der Bildungspolitik die Kompetenz für die Gesetzgebung und Verwaltung nicht bestreitet, daß aber die Länder ihrerseits dem Bund eine angemessene Mitwirkung an den Aufgaben des Bildungsrats nicht verweigern. Die Addition der elf Bundesländer ergibt ja noch nicht ein Ganzes. Der Bund hat die gesamtstaatlichen Erfordernisse zu vertreten und kann im wohlverstandenen Interesse aller nicht darauf verzichten, sein gutes Recht auf Mitwirkung geltend zu machen.

Gerade in der Bildungspolitik gibt es für die Zukunft Deutschlands entscheidende Aufgaben, welche die Länder ohne den Bund gar nicht lösen können. Wie überall zwingt die Finanzlage auch auf diesem Gebiet dazu, Schwerpunkte zu bilden. Die wirkungsvollste Verteilung der Finanzierungslasten auf den Bund und die Länder ist

### **Um die Freiheit der Kunst**

In den Empfehlungen zur Kulturpflege heißt es, daß der Staat sich jedes Dirigismus im Bereich der Kultur und Kunst zu enthalten habe. Die Freiheit des kulturellen Schaffens besage jedoch nicht, daß der Staat Kultur und Kunst völlig sich selbst überlasse. Die Freiheit der Kultur könne auch durch Monopolisierungstendenzen starker gesellschaftlicher Kräfte gefährdet werden. Der Staat habe dafür Sorge zu tragen, daß gegenüber diesen unkontrollierten Einflüssen die kulturelle Freiheit aufrecht erhalten bleibe. Auch die Freiheit der Kunst bedürfe einer Ordnungsmacht, die sie garantiere und schütze. Die Freiheit habe dort eine Grenze, wo sie sich gegen sich selbst wende. In der Empfehlung heißt es: „Die Ordnungsmacht ist für uns der demokratische und soziale Rechtsstaat mit seinen sittlichen Grundwerten. Es wäre widersinnig, sich unter Berufung auf die Freiheit gegen die Ordnungsmacht des Staates zu wenden. Von daher erwächst eine besondere Verantwortung für die Kunst und die Künstler gegen Staat und Politik.“

### **Gleiche Chancen für alle Massenmedien**

In den Empfehlungen über die Massenmedien forderte die CDU/CSU eine größere Verantwortung der Publizisten und der Institutionen der Meinungsbildung vor den gemeinsamen Werten. Alle Massenmedien sollen gleiche Entwicklungschancen haben und ihnen eine Wettbewerbsgleichheit eingeräumt werden. Besonderer Wert wurde auf die Erhaltung von Regional- und Heimatzeitungen gelegt. Die Freiheit der Meinungsbildung soll vom Staat durch eine möglichst große Vielfalt an Informationen und Darstellungen gewährleistet werden. Monopole werden abgelehnt.

Die kulturpolitischen Empfehlungen der CDU/CSU auf dem Hamburger Kongreß zeigten im Vergleich zu den kulturpolitischen Leitsätzen der anderen Parteien, daß die kulturpolitischen Differenzen nicht im „großen Entwurf“, sondern in den Einzelheiten liegen. Der Kongreß bot mit seinen Empfehlungen nicht nur der Öffentlichkeit ein kulturpolitisches Programm an, sondern argumentierte auch stark nach „innen“. Er suchte innerhalb der Unionsparteien und ihren Wählern Verständnis für Reformen und die Notwendigkeit des Umdenkens. Die kulturpolitischen Führungsspitzen der Partei haben schon seit längerer Zeit in den Kultusministerien neue Positionen bezogen und dabei aus den Reihen von Wählern und Parteimitgliedern nicht selten Widerspruch gehört. Nicht zuletzt hatte der Hamburger Kongreß sich auch die Aufgabe gestellt, Mißverständnisse aufzuklären und Mitglieder und Anhänger der Unionsparteien für eine neue dynamische Kulturpolitik zu gewinnen.

Tr.

dabei ebenso wichtig wie die sinnvollste Lenkung der Mittel auf die einzelnen Zweige der Bildungssituationen. Eine langfristige Vorausschau auf die Entwicklung der Bevölkerung und der Wirtschaft ist dafür die unerläßliche Voraussetzung.

Man kommt da sofort an praktische Fragen von weitreichender Bedeutung heran: Welche Ingenieur- und Technikerschulen werden bei dem Strukturwandel der Wirtschaft in Zukunft vor allem gebraucht? Welche Ausbildung muß der landwirtschaftliche Nachwuchs erhalten, damit unsere Landwirtschaft den Anschluß an den zusammenwachsenden europäischen Agrarmarkt findet? Welche Folgen sind aus der zunehmenden internationalen Verflechtung der Wirtschaft zu ziehen? Fragen über Fragen, die ohne den Gesamtüberblick des Bundes nicht beantwortet werden können. Ob die Schulzeit um ein Jahr verlängert oder die Lehrlings- und Fachausbildung aus den Betrieben mehr in die Schulen verlagert wird, ob die Bildungsabschlüsse neugeordnet werden, beispielsweise durch die diskutierte Teilung des Abiturs, oder ob man nach dem besten Mittelweg zwischen breiter Allgemeinbildung und Spezialisierung sucht, immer werden früher oder später Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Berufsordnung sichtbar. Diesen Fragen ließen sich noch viele andere hinzufügen.

Außerdem besitzt der Bund Kompetenzen, die ihn ein starkes Interesse an der Bildungspolitik nehmen lassen. Die Bundesrepublik will sich der Pflicht, den aufstrebenden

den Völkern zu helfen, nicht entziehen. Deshalb muß die Bundesregierung darauf bedacht sein, solche Ausbildungsgänge zu fördern, die jungen Menschen Rüstzeug für helfende Tätigkeit in den Entwicklungsländern vermitteln. Es veranschaulicht die außerordentliche Spannweite und Vielfalt der Aufgaben des Bundes, wenn man als weiteres Beispiel die Bundeswehr anführt. Ihre Leistungsfähigkeit hängt nicht zuletzt davon ab, mit welchen Schul- und Berufskennntnissen die Wehrpflichtigen zur Truppe kommen.

Es ist selbstverständlich, daß der Bund bei seiner Zusammenarbeit mit den Ländern auf dem Gebiet der Bildungspolitik das Grundgesetz beachtet. Zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung ist ihm eine originäre Gesetzgebungsbefugnis eingeräumt (Artikel 74 des Grundgesetzes). Dagegen steht ihm zur Förderung des Bildungswesens nicht einmal eine Rahmengesetzgebungskompetenz zu. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Bund von der Koordinierung der Bildungspolitik auszuschließen sei. Alle Koordinierung bleibt Stückwerk, wenn sie nicht von modernen gesamtstaatlichen Einsichten ausgeht. In diesem Zusammenhang sollte man an das sogenannte Baugutachten des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Juni 1954 denken, in dem das Prinzip anerkannt ist, daß die Planung für den Gesamtstaat Aufgabe des Bundes sei. Auch der Bildungsrat wird im Bundesmaßstab zu planen haben. Die Mitwirkung des Bundes an seinen Arbeiten darf daher nicht nur formell, sie muß real sein.

Gutwillige Partnerschaft kann verfassungsrechtlicher Spitzfindigkeiten entbehren. Ich wünsche mir, daß sich die Länder und der Bund in den bevorstehenden Verhandlungen mit genügend Unbefangenheit begegnen, um die Kompetenzfrage erst gar nicht groß werden zu lassen. Daß gezieltes Zusammenwirken möglich ist, beweist das Verwaltungsabkommen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, das am 4. Juni dieses Jahres feierlich unterzeichnet werden konnte. Sein Entstehen verdankt es den Bemühungen des Bundesinnenministeriums. Ich werte es als ein Beispiel vorbildlicher gemeinsamer Arbeit der Länder und des Bundes. Für den Bildungsrat ist der Rahmen der Zusammenarbeit mit der ungeschmälernten Länderkompetenz einerseits und der Koordinierungsfunktion des Bundes andererseits vorgegeben. Eine angemessene Beteiligung des Bundes ergibt sich daraus von selbst. Sie wird auch in der Öffentlichkeit immer dringlicher gefordert. Die neue Institution wird Großes leisten können, wenn Bund und Länder sie gemeinsam errichten, wenn der Bundespräsident die Mitglieder der Bildungskommission ernannt, wenn der Vorsitz in der Bildungskommission einem Wissenschaftler von Rang übertragen wird und wenn Bildungsrat und Wissenschaftsrat ihre Arbeiten koordinieren. Bund und Ländern müssen sich zu gemeinsamen Anstrengungen finden, wenn es gelingen soll, die Bildungspolitik zu neuen Ufern zu führen.

Hermann Höcherl, Bundesminister des Innern

## FDP-Gesetzentwurf für Hamburger Universität

HD — „Die Universität Hamburg ist ein Veranstaltung der Freien und Hansestadt Hamburg“, heißt es im Entwurf für eine Reform des Hamburgischen Universitätsgesetzes, den die FDP-Fraktion Ende letzten Monats in der Hamburger Bürgerschaft eingebracht hat. Dieses FDP-Universitätsgesetz soll einen gewissen Gegenpol zu den Vorstellungen, die der hessische Kultusminister Prof. Schütte in seinem Gesetzentwurf für einen neuen Hochschulstatus geäußert hat, bilden.

Einer genaueren Betrachtung des in 5 Abschnitte gegliederten Änderungsantrages ist vorwegzunehmen, daß sich die Autoren dieses Gesetzentwurfes in einer Reihe ihrer Punkte an die Empfehlungen, die der Wissenschaftsrat in seiner Broschüre „Anregungen zur Gestaltung neuer Hochschulen“ niedergelegt hat, richten. Nach Ansicht der Freien Demokraten hat die kritische Auseinandersetzung über die Hochschulen ihre Ursache nicht so sehr in materiellen Unzulänglichkeiten, als vielmehr in strukturellen Eigenarten. Sollen daher die Verhältnisse der Universität der heutigen Zeit angepaßt werden, so kann die Diskussion nicht an der Frage einer Reform der Hochschulen vorübergehen. Besonders in Betracht zu ziehen hat der Gesetzgeber, daß er Einrichtungen nicht einfach nur deshalb übernimmt, weil für sie noch keine neue allgemeingültige Form gefunden wurde. Ebenso wird er auch nach Hamburger FDP-Ansicht bewährte Traditionen nicht außer acht lassen können. An die Lösung dieser selbst gestellten Aufgabe hat sich die FDP der Hamburger Bürgerschaft herangemacht und Einzelbestimmungen zum Hamburger Universitätsgesetz erstellt, die sehr viel neue Vorschläge in die allgemeine Diskussion um ein neues Universitätsgesetz bringen. Sicher wird auch dieser Entwurf im Widerstreit der Meinungen um das Bild der Universität heute nicht nur ungeteilte Zustimmung finden.

### Universität und Staat

Parlament und Verwaltung ist die Aufgabe zugewachsen, die Universität vor Gefahren für die Freiheit von Forschung und Lehre zu bewahren. Als wesentliche Aufgabe fällt dem Staat dabei zu, die Universität so zu gestalten, daß sie eben auch die Aufgabe der Berufsvorbildung hinreichend erfüllen kann. Die Hamburger FDP-Fraktion ist andererseits der Meinung, daß ein Gesetz nicht hierüber entscheiden soll, ob dazu eine Zweiteilung des Studien-Systems angemessen ist oder ob der bisherige Studiencharakter beibehalten werden soll. Für den FDP-Vorschlag ist es selbstverständlich, daß staatliche und akademische Verwaltungsorganisation getrennt sind und bleiben. Es mag vielleicht eine völlige Übernahme der staatlichen Verwaltung in den Rahmen der Universität gewünscht werden. Die staatlichen Aufgaben sollen weiterhin auf Wunsch der FDP konsequent von der staatlichen Verwaltung wahrgenommen werden, um den Lehrkörper für seine wissenschaftlichen Aufgaben freizuhalten.

Zu den Angelegenheiten der akademischen Verwaltung soll vor allem gehören: Förderung der wissenschaftlichen Forschung, des wissenschaftlichen Nachwuchses, Promotionen, Habilitationen, akademische Ehrungen und die Ergänzungsvorschläge zum Lehrkörper. Die staatliche Verwaltung soll für die Institute, Seminare und Kliniken in bestehenden oder noch zu schaffenden Abteilungen zusammengefaßt werden. Von einer Konzentration der Verwaltung für eine Gruppe von Instituten etc. verspricht man sich eine größere Einheit, somit leichtere Steuerbarkeit des Apparates. Die Beteiligung der Universität an der staatlichen Verwaltung soll durch Vertretung der Universität in einem Hochschulbeirat, der für alle an der Universität interessierten Gruppen die Gelegenheit zum ständigen Gespräch und zu einer Koordinierung geben soll, gestärkt werden. Die Rechtsstellung der Mitglieder der Universität wird in dem Gesetzentwurf ebenfalls neu geregelt. Um sich staatlicherseits die Möglichkeit zu weiteren Ergänzungen der dem Lehrkörper zugehörenden Gruppen zu erhalten, wurde von der FDP eine Regelung gefunden. Den richtigen Weg beim Berufungsverfahren sieht die Hamburger FDP in einer öffentlichen Ausschreibung, wobei sich der Staat die Besetzung der Stelle offenhält. Eine Änderung der Habilitation, die künftig in einem rechtlich unanfechtbaren Verfahren erworben werden soll, ist vorgesehen. „Fragen des unmittelbaren Bedarfs dürfen kein Kriterium für die Habilitation eines Wissenschaftlers sein.“ In der FDP glaubt man, mit einem rechtlich geordneten Verfahren einen erhöhten Anreiz für Lehr- und Forschungstätigkeit zu schaffen.

Im Hamburger FDP-Entwurf ist weiter vorgesehen, daß Bewerbern um einen Studienplatz an der Universität die Immatrikulation versagt werden kann, wenn der Bewerber hauptberuflich tätig ist.

### Akademische Verwaltung

Der Rektor soll für eine Amtszeit von 2 Jahren gewählt werden, wobei er vor seinem Amtsantritt und nach dem Ende seiner Amtszeit jeweils noch ein Jahr Prorektor ist. Dem akademischen Senat sollen außer dem Rektor, den Dekanen und Mitgliedern der Professorenschaft auch ein Vertreter der wissenschaftlichen Assistenten sowie 2 Vertreter der Studenten und 3 Wahlsenatoren angehören. Das Wahlsenatorensystem soll eine stärkere Kontinuität in der Universitätsverwaltung schaffen.

An die Stelle der heutigen Fakultäten soll eine größere Zahl (etwa 25) Abteilungen treten, die im wesentlichen die Arbeiten der bisherigen Fakultäten ausfüllen könnten. Die Fakultäten selbst würden nur mehr für übergeordnete Aufgaben (insbesondere Repräsentation) weiter bestehen. Von dieser Konstruktion erwartet die FDP einige Vorteile. Erstens könnten auf diese Weise die wirklich zusammen-

hängenden Wissensgebiete in kleinere Einheiten vereinigt werden. Sollte es für interdisziplinäre Fächer nützlich sein, mehreren Abteilungen anzugehören, so wird dies ebenfalls möglich sein. Diese Gebiete wurden bisher in den Fakultäten häufig vernachlässigt und würden nach dem FDP-Postulat besser zur Geltung kommen. Gleichzeitig soll der Mangel behoben werden, daß die habilitierten Nichtordinarien an der akademischen Verwaltung bis jetzt keinen Anteil hatten.

Die wissenschaftliche Leitung von Instituten, Seminaren und Kliniken soll von der Verwaltung streng getrennt werden. Über die Forschungsaufgaben eines Institutes soll von allen habilitierten Angehörigen des Institutes kollektional entschieden werden. Der FDP-Gesetzentwurf sieht vor, daß ein ordentlicher Professor jeweils auf 4 Jahre zum geschäftsführenden Direktor gewählt wird.

Die Beteiligung der Studenten an der akademischen Verwaltung und auch die Selbstverwaltung der studentischen

Angelegenheiten sind in diesem Entwurf rechtlich geordnet. Die bisherige Rechtsunsicherheit soll damit beendet werden, und bestehende gewohnheitsrechtliche Übungen erhalten eine Rechtsform. Diese Regelung bedeutet eine Manifestation der studentischen Selbstverwaltung, die doch aus dem Leben der Hochschule nicht mehr fortzudenken ist. In der akademischen Verwaltung werden die Studenten durch Sitz zweier Vertreter im Senat so weit wie möglich beteiligt. Ganz im Gegensatz zu anderen Hochschulgesetzen bzw. Entwürfen ist in diesem FDP-Entwurf für ein Hamburger Universitätsgesetz das Studentenwerk eingearbeitet worden.

Die Stellung des Studentenwerkes in der Universität wird genau bestimmt. Hamburg soll die erste Universität sein, an der das örtliche Studentenwerk als Körperschaft der Universität angegliedert ist. Eine solche Lösung der Frage des Status des Studentenwerkes würde der Arbeit sicher nur zugute kommen.

## Der Weg durchs Ausland – ein Umweg?

HD—in den Debatten der letzten Jahre hatte sich ein auffällige Spaltung in der Beurteilung des Auslandsaufenthaltes junger deutscher Wissenschaftler deutlich gemacht. Während einerseits beklagt wurde, daß die Studenten zu selten, zu kurz, zu oberflächlich und nicht fachinteressiert genug ins Ausland gehen, wurde andererseits beklagt, daß junge Wissenschaftler sich zu oft, zu lange oder gar für immer ins Ausland abwerben lassen. Die Fluktuation wurde je nach der Ebene, auf der sie stattfand, ganz verschieden betrachtet, bewertet und kritisiert. Es mangelte auch nicht an Vergleichen mit den Nachbarländern, die je nach der Richtung des persönlichen Interesses zu erregten oder beruhigenden Schlüssen führten.

Noch rechtzeitig zu einer lebhaften und klärenden Erörterung hat das diesjährige Essener Gespräch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sich dieses Themas angenommen. Unter reger Teilnahme von Vertretern vieler deutscher Hochschulen, prominenter Wirtschaftsführer und Verbände sowie einiger Bundes- und Länderministerien hatte es der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zugleich im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages in diesem Jahre unternommen, dieses jährlich stattfindende repräsentative Gespräch dem Für und Wider der Abwanderung oder besser der Fluktuation deutscher Wissenschaftler zu widmen. Beides sind nicht erst Nachkriegerscheinungen. Emigration vor dem Kriege und Fortführung nach dem Kriege haben eine Bewegung erbracht, die erst im letzten Jahrzehnt durch Abwerbung und Abwanderung junger Kräfte aus vielen Bereichen unseres wissenschaftlichen Lebens ihren Höhepunkt erreicht hat. Ob die Zahlen dafür höher oder niedriger sind, als öffentlich befürchtet wird, ist leider nicht auszumachen, weil sich diese Fluktuation nicht amtlicher Kanäle bedient, sondern vorwiegend privatim erfolgt.

### Vielfältige Begründung für Auswanderung

Dr. Müller-Daehn, Referent für die Auslandsfragen in der Deutschen Forschungsgemeinschaft, hat in seiner umfassenden Darstellung zur Sache darüber auch nichts Verbindliches mitteilen können. Ein amerikanischer Bericht aus dem Jahre 1962 ist weder differenziert genug, noch umfaßt er die Gesamtheit der Nachkriegsjahre. Bundes-eigene Erhebungen gibt es darüber nicht und sie lassen sich auch kaum durchführen, weil viele junge Kräfte bereits als Assistenten, Habilitanden oder direkt von der Hochschule ins Ausland gehen. Ratsamer schien es dem Vortragenden daher, den Gründen nachzugehen, warum unsere jungen Wissenschaftler die Bundesrepublik verlassen und gleich auch, warum andere nicht weggehen oder Abgewanderte später wieder zurückkehren. Aus den Argumenten, die der Forschungsgemeinschaft z. B. aus USA von jungen Wissenschaftlern für ihre Abwanderung mitgeteilt wurden, seien hier erwähnt:

- Neue Arbeitsgebiete werden in Deutschland häufig nur von sehr wenigen Wissenschaftlern und in sehr kleinem Umfang betrieben, so daß Kontakt und Meinungsaustausch schwierig sind. Die aktuellen Entwicklungen kommen heute größtenteils aus den USA.
- Da in den einzelnen Instituten in den Staaten in der Regel mehr Wissenschaftler tätig sind als in Deutschland, haben die Leiter von Forschungsvorhaben mehr

Zeit für ihre Arbeit und für ihre Mitarbeiter. Man kommt leichter und rascher voran, weil die Belastungen stärker verteilt sind.

- Die Zusammenarbeit mit Nachbarinstituten und -disziplinen ist leichter, selbstverständlicher. Das Interesse an einander, die gegenseitige Unterrichtung über laufende Arbeiten, das häufige Gespräch über eigene und gemeinsame Probleme gehören zum täglichen Leben. Vor allem aber werden diese Kontakte durch die Verwaltung erleichtert und gefördert. Es gibt Reismittel zum gegenseitigen Besuch, zur Durchführung kleiner Arbeitsbesprechungen und Kolloquien, ohne daß schwierige administrative Demarchen notwendig sind.
- Man ist in den Staaten viel beweglicher. Man kann leichter von einem Forschungsinstitut zum anderen wechseln, man ist eher bereit, einen „Neuen“ anzunehmen und in den bestehenden Arbeitskreis einzubeziehen.
- Nachwuchskräfte und jüngere Leute erhalten drüben leichter Verantwortung, sind gleichberechtigt in den „teams“ und Instituten, haben Stimm- und Mitspracherecht bei Entscheidungen, die ihre Arbeiten betreffen.
- Die Habilitation in Deutschland hängt zu sehr vom persönlichen Verhältnis zum Habilitationsvater oder vom „Ausgewähltsein“ überhaupt ab.
- Die Stellenpläne in Deutschland sind gerade für jüngere qualifizierte Leute unzureichend.

Auch aus den Gegen Gründen, warum Angebote abgelehnt wurden oder der Verbleib in den Staaten nicht endgültig erfolgte, seien vier vermerkt:

- Die Verbindung mit Eltern und Familie wird bei einer endgültigen Übersiedlung erheblich erschwert.
- Eine besondere Verbundenheit mit europäischen Lebensformen und mit dem europäischen kulturellen Raume führt zu Anpassungsschwierigkeiten in der neuen Umgebung, insbesondere bei den Ehefrauen der Einwanderer.
- Mit der Einschulung der Kinder in den USA wird ein nur schwer wieder rückgängig zu machender Schritt zur endgültigen Amerikanisierung der zweiten Generation mit den auch für die Eltern unvermeidbaren Konsequenzen vollzogen.
- Die soziale Sicherung des Individuums im Alter und bei Krankheit ist in Deutschland und ganz allgemein in Europa besser als in den USA; ein Gesichtspunkt, der besonders bei zunehmendem Alter eine nicht unerhebliche Rolle spielt.

Der Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, Professor Dr. Lehnartz, führte in der Einführung zu dem Gespräch die frühzeitige Abwanderung auf drei Faktoren zurück, mit denen er die Argumentation der Befragten schon vorweg bestätigte: die größere Freiheit, die größere Selbständigkeit und die in der amerikanischen Team-Arbeit begründete Chance, gleichberechtigt und gleichgeachtet an den Forschungsaufgaben mitzuarbeiten. Der Leiter des Gesprächs, Professor Raiser/Tübingen, Vorsitzender des Wissenschaftsrats, ergänzte die persönlichen Motive mit dem Hinweis auf zwei sehr allgemeine und doch überaus wirksame Gründe, gegen die gezielte

Maßnahmen nicht angewendet werden können: die größere Weite des Lebensraumes in den Staaten und die breitere Volkswohlfahrt, die sich in einem erheblichen Unterschied des Lebensstandards zeigt. Entscheidend ist hierbei gewiß, daß an dessen Vorzügen der Geistesarbeiter drüber stärker und liberaler beteiligt ist, als bisher in der Bundesrepublik.

Die Diskussion, an der sich Wirtschaftler, hohe Beamte und erfahrene Wissenschaftler beteiligten, erwies das Interesse für das gestellte Thema in breiter Front. Der Umstand, daß ebenso die materielle wie die ideelle Lage des jungen deutschen Wissenschaftlers keine befriedigende ist, ließ das allgemeine Unbehagen hierüber deutlich werden. Einen protokollarischen Bericht über die Referate und den Verlauf der Diskussion bereitet der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft bereits vor. Er wird demnächst gedruckt vorliegen. Aus der Fülle der Meinungen und Anregungen können wir uns deshalb hier mit einigen Andeutungen begnügen.

### „Das Hochschul-Klima muß sich ändern!“

Da es für die Gegenwart und auch für die nächste Zukunft aussichtslos ist, das in weitem Maße von der Intelligenz als „provinziell empfundene“ Lebensklima der Bundesrepublik zu ändern, welches auch bei den jungen Wissenschaftlern das „geistige Fernweh“ fördert, konzentrierten sich die Argumente auf die treffende Kritik von Professor Dr. Lehnartz: „Das Hochschulklima muß sich ändern!“ Sein Heidelberger Kollege als Physiologe, Professor Dr. Schäfer, assistierte hierzu mit dramatischen Beispielen für den Mißbrauch der Herrschaft des Lehramtes, die geradezu bedrückend wirkten; besonders auch deshalb, weil der Nachwuchs auf den Lehrstühlen sich darin nicht besser erweise als die alten Hüter des „Elfenbeinturms“.

Das sei kein Generations- sondern ein Mentalitätsproblem. Das Beispiel der Übernahme des amerikanischen „Department-Systems“ zur Überwindung des zu hart und kalt gewordenen „Geheimratsystems“, auf das der Hochschulreferent im Münchener Kultusministerium, von Elmenau, anlässlich der Berufung Mössbauers nach München hinwies, stieß nicht nur auf den Widerspruch von Professor Gentner/Heidelberg, sondern überzeugte auch sonst nicht für die Aussichten einer grundsätzlichen Remedur. Es sollte aber alles getan werden, daß dieser Anfang als Beispiel wirkt und daß er sich vor allem von Semester zu Semester auch selbst deutlich bewährt. Professor Neumark/Frankfurt verstärkte die Skepsis über die Chancen einer inneren Hochschulreform mit den Hinweisen, daß die akademische Diskussion darüber ebenso monoton wie unfruchtbar verlaufe und daß es neuerdings nicht nur in den Naturwissenschaften, sondern auch in der Psychologie und sogar in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein Abwanderungsproblem gäbe. Für diese Disziplinen bilden sich bei den internationalen und supranationalen Organisationen neue, gut dotierte, oft geradezu attraktive Aufgaben und Stellen heraus.

Die nach der vorgesehenen neuen Besoldungsordnung und Kolleggeldreform angehobenen Gehälter werden sich auf den „Mittelbau“ der Wissenschaftlichen Räte und Abteilungsvorsteher erst auswirken können, wenn in den künftigen Haushaltsplänen die dafür erforderlichen Stellen erkämpft seien. An das Meer der Assistenten im „Unterbau“ sei bisher weder gedacht noch gerührt worden. Der Charakter des Assistenten als Widerrufsbeamter enthält ihm auch den sonst bei Kündigungen üblichen sozialrechtlichen Schutz vor. Zusammen mit dem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis des Assistenten zum Ordinarius wird der Abwanderungseffekt somit zu einer verständlichen persönlichen Chance jeder leistungsfähigen Nachwuchskraft. Professor Troll/Bonn begründete am englischen Beispiel, warum das bei uns zur Überalterung führende Habilitationsprinzip dringend der Änderung bedarf, um nicht — nach einem Scherzwort — die Abhängigkeit so lange auszudehnen, bis sie ein so dickes Fell erzeugt hat, daß man am Ende ohne Rückgrat zu stehen vermag.

### Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wissenschaft stärken!

Interessante Ergänzungen erfuhr die Debatte mit Hinweisen von Professor Brüning/Tübingen, als er die wissenschaftliche Qualität und Interessenrichtung der Abgewanderten zur Debatte stellte. In dieser Hinsicht sei nicht nur zu zählen, sondern es müsse auch gewogen werden. Ein einzelner Abgewanderte könne soviel wert sein wie fünfzig, die hier geblieben sind. Mancher ginge weg, weil er

sich für ein neues Gebiet zwischen den Lehrstühlen interessiere, für das er hier bei der traditionellen Klassizität der Lehrstühle keine Ansatzpunkte finde. Gerade auf neue Entwicklungen dürfe die deutsche Wissenschaft nicht verzichten und sie müsse sich hierzu Instanzen außerhalb der Hochschulen schaffen, da von diesen dafür keine Lösungen zu erwarten seien.

Der selbstkritischen Argumente aus dem Munde erfahrener und repräsentativer Professoren war fast kein Ende, so daß sich auf eine künftige Einsicht innerhalb der akademischen Hierarchie hoffen läßt, sobald die Rektoren, Dekane und Senate erkennen und anerkennen, daß es sich bei der Fluktuation um aktuelle Sorgen für die deutsche Wissenschaft handelt, die noch in der eigenen Amtsperiode der Lösung zuzuführen sind und nicht auf die nächste vertagt werden sollten. Das Wort des Wirtschaftsführers Professor Wurster/Ludwigshafen: „Handeln, nicht lamentieren“ war im guten Sinne des Wortes aus den Fenstern von Villa Hügel, dem Orte der Zusammenkunft, gesprochen. Es richtete sich an die Ohren der Verantwortlichen in jeder deutschen Hochschule und in allen für Wissenschaftsfragen zuständigen Stellen. Als Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Volkswagenwerk konnte er selbst gleich konkret in Aussicht stellen, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wissenschaft zu stärken, durch Beisteuerung von Mitteln z. B. zur Behebung der Wohnungsnot von jungen Wissenschaftlern oder auch für den Fall, daß eine Universität einen Wissenschaftler aus dem Ausland zurückholen oder ihn festhalten will. Auf die Bedeutung des ständigen Kontaktes zu deutschen Wissenschaftlern im Ausland haben wir in unserer letzten Ausgabe (HD Nr. 21/64) bei der Besprechung des ersten Jahresberichtes der „Vermittlungsstelle für deutsche Wissenschaftler“ bereits nachdrücklich hingewiesen. Diese Kontaktpflege zu potentiellen Rückwanderern bedarf auch dringend der seit Jahren vom Gesprächskreis Wissenschaft/Wirtschaft geforderten Berufung von Wissenschaftsattachés an den deutschen Botschaften. Ministerialdirigent Dr. Scheidemann vom Ministerium für wissenschaftliche Forschung setzt sich um so berechtigter für ein „Netz von Wissenschaftsattachés“ ein, als Dr. Sattler, der Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, bekennen mußte, daß von 150 deutschen Auslandsmissionen erst 43 über einen Kulturattaché, 18 über einen Presseattaché und bisher noch keine über einen Wissenschaftsattaché verfügen. Der Initiative der privaten Stiftungen ist weit über das Angebot der VW-Stiftung hinaus zur Überbrückung des akuten materiellen Bedarfs Raum gegeben, um die Tüchtigsten des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht für dauernd ins Ausland, auch nicht nach Amerika gehen zu lassen.

### Auslandstätigkeit — Ausweitung des Bildungshorizontes

Es kann sich nicht darum handeln, den Weg ins Ausland überhaupt zu sperren — Jahre des Studiums und Jahre der beruflichen Fortbildung im Ausland sind für den Wissenschaftler nicht nur vorteilhaft, sondern für unseren eigenen wissenschaftlichen Anschluß an den Fortschritt in der Welt geboten und unentbehrlich. Der Binnenhorizont des deutschen Geistes und Wissens muß in allen Fächern überwunden werden. Das gilt auch für die persönliche Partnerschaft mit Ausländern auf diesem und allen anderen Gebieten; sie entwickelt sich fortschrittlich nicht aus hiesigen Beziehungen, sondern muß draußen „an den Quellen“ wurzeln.

Das diesjährige Gespräch Wirtschaft/Wissenschaft hat klärend dazu beigetragen, welche Voraussetzungen zu beachten und zu schaffen sind, um für den deutschen Wissenschaftler den Weg ins Ausland weder zu einem Irrweg noch zu einem abträglichen Umweg werden zu lassen. Der Weg ins berufliche Ziel führt in der modernen Wissenschaft wie auch immer stärker für die Verantwortung auf anderen Gebieten über Studien- und Arbeitsjahre im Ausland. Die Amerikaner haben dafür gesorgt, daß auch Wissenschaftler und Forscher heute einen internationalen Marktwert haben und daß sie damit unter die Gesetze des Konkurrenzkampfes fallen. Es liegt allein an der Bundesrepublik, ihren Behörden, ihren Hochschulen und ihren Institutionen, mit energischen Anstrengungen aus der Fluktuation keinen Aderlaß, sondern einen förderlichen Kreislauf werden zu lassen.

Das Essener Gespräch hat mit seiner guten Resonanz in der Öffentlichkeit bewußt gemacht, daß es hohe Zeit ist, die Konsequenzen zu ziehen.

# Aus der Arbeit des Deutschen Akademischen Austauschdienstes

## Rundgespräch deutscher Stipendienggeber

Beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) in Bad Godesberg kamen Vertreter von 20 stipendienggebenden Organisationen aus der Bundesrepublik zusammen, um Erfahrungen auszutauschen und eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Dieses Rundgespräch kam auf Initiative des DAAD zustande und führte erstmals deutsche Stipendienggeber in so großer Zahl zusammen. Zu den vertretenen Organisationen gehörten — um nur einige zu nennen — die Deutsche Forschungsgemeinschaft, das Deutsche Studentenwerk, die Fulbright Commission, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Studienstiftung des Deutschen Volkes und die Stiftung Volkswagenwerk.

## Stipendienwesen gleicht einem Dschungel

Folgende Ausgangslage führte zu dieser Zusammenkunft: Das Stipendienwesen in Deutschland gleicht einem Dschungel, durch den sich selbst Fachleute nur mühsam und nur mit teilweisem Erfolg einen Weg zu bahnen vermögen. Es gibt weder eine genaue Übersicht darüber, welche Bedingungen die einzelnen Förderer — deren Kreis noch weit über die vertretenen 20 wichtigen Institutionen hinausgeht — an die Vergabe von Stipendien knüpfen, noch wie hoch die Stipendien dotiert sind oder in welcher Zahl sie an ausländische und deutsche Studenten und junge Wissenschaftler vergeben werden. Das Fehlen einer umfassenden Stipendienstatistik erschwert jegliche Zukunftsplanung. Wie soll man Richtung und Ziel der Bemühungen um eine stärkere Förderung des Auslandsstudiums deutscher Studenten bestimmen, wenn man nicht weiß, wie viele Stipendien für die einzelnen Länder bisher vergeben wurden, ja nicht einmal genau weiß, wie viele deutsche Studenten in diesem oder jenem Land studieren, weil auch eine allgemeine Statistik fehlt?

## „Informationsstelle Studium im Ausland“

Die erfreuliche Bilanz der Zusammenkunft der 20 Stipendienggeber beim DAAD ist es, daß jede der Institutionen jetzt genauer darüber informiert ist, was die anderen tun. Zwar haben schon bisher einige dieser Organisationen zusammengearbeitet, doch hat sich der Kreis derer, die kooperieren wollen, jetzt beträchtlich erweitert. In Kürze wird es auch einen genaueren Überblick über die von diesen Institutionen geförderten deutschen und ausländischen Stipendiaten, insbesondere die Zahl der Auslandsstipendien für Deutsche, geben. Besonderes Interesse gilt der Zahl der Auslandsstipendien für deutsche Studenten und jüngere Wissenschaftler, weil die Bestandsaufnahme dieses Godesberger Gesprächs vor allem den Bemühungen stärkerer Förderung des Auslandsstudiums diene. Diesem Ziel dient auch die Einrichtung einer „Informationsstelle Studium im Ausland“ beim DAAD ab Januar 1965, wodurch der Deutsche Akademische Aus-

tauschdienst seine schon bisher geleistete Informationsarbeit wesentlich verstärken kann.

Prof. Lehnartz, der Präsident des DAAD, begrüßte die von allen Seiten gezeigte Bereitschaft zur Koordinierung der Arbeit und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß es bei diesem ersten Gespräch nicht bleiben möge.

★

## DAAD vereinbart Professorenaustausch mit Jugoslawien.

Vom laufenden Wintersemester an wird es einen regelmäßigen Professorenaustausch zwischen Deutschland und Jugoslawien geben. Eine entsprechende Vereinbarung wurde jetzt zwischen dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und der Gemeinschaft der jugoslawischen Universitäten getroffen. Jugoslawien ist das 13. — und zugleich das erste südost-europäische — Land, mit dem der DAAD ein festes Professorenaustauschprogramm vereinbart hat.

Es ist geplant, jährlich 2—3 Hochschullehrer und bis zu 5 jüngere Wissenschaftler in beiden Richtungen auszutauschen. Die Hochschullehrer, von Hochschulen oder wissenschaftlichen Instituten im Heimatland vorgeschlagen, sollen zu 10—14tägigen Besuchen ins Partnerland eingeladen werden, um dort Gastvorlesungen und Gastvorträge zu halten, persönliche Kontakte zu Wissenschaftlern des Gastlandes wiederanzuknüpfen oder herzustellen. 2—3wöchige Aufenthalte im Gastland sind für die jungen wissenschaftlichen Instituten im Heimatland vorschläger Heimathochschulen entsandt werden. Diesen international noch nicht hervorgetretenen Nachwuchswissenschaftlern soll Gelegenheit gegeben werden, ihre Kenntnisse in einem wissenschaftlichen Institut im Gastland zu erweitern.

## Zusammenarbeit auch auf anderen Gebieten

Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem DAAD und der Gemeinschaft der jugoslawischen Hochschulen — einem der Westdeutschen Rektorenkonferenz vergleichbaren Zusammenschluß — wird auch auf anderen Arbeitsgebieten angestrebt. So sollen Listen über den Bedarf an Universitäts-Lektoren für deutsche bzw. serbokroatische Sprache in den beiden Ländern und Informationen über Ferienkurse und Seminare in Deutschland und Jugoslawien ausgetauscht werden. Der DAAD hat schon bisher Lektoren für deutsche Sprache und Literatur an jugoslawische Universitäten vermittelt, jugoslawische Studenten als Stipendiaten zum Studium in Deutschland eingeladen und den Praktikantenaustausch gefördert. Die neue Vereinbarung über den Professorenaustausch ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Intensivierung des wissenschaftlichen Austauschs zwischen den beiden Ländern und möglicherweise ein Modell für ähnliche Abmachungen mit anderen osteuropäischen Ländern.

## Kurz berichtet

**Eine stärkere steuerliche Förderung von Wissenschaft und Ausbildung** bringt das Steueränderungsgesetz 1964, das am 1. 1. 1965 in Kraft treten soll. Der Industrieforschung werden durch Sonderabschreibungen neue Wege eröffnet.

Die Einkommenssteuerfreiheit von Stipendien, die aus öffentlichen Mitteln oder von bestimmten Rechtsträgern zur Förderung der Forschung oder der wissenschaftlichen und künstlerischen Aus- und Fortbildung gewährt werden, wird erweitert. Die Steuerfreiheit wird dann gewährt, wenn die Stipendien einen für die Erfüllung der Forschungsaufgaben oder für die Bestreitung des Lebensunterhaltes und die Deckung des Ausbildungsbedarfs erforderlichen Betrag nicht übersteigen. Der Empfänger darf im Zusammenhang mit den Stipendien nicht zu einer bestimmten wissenschaftlichen oder künstlerischen Gegenleistung oder zu einer Arbeitnehmerstätigkeit verpflichtet werden. Bei Stipendien zur Förderung der wissenschaftlichen oder künstlerischen Fortbildung darf der Abschluß der Berufsausbildung des Empfängers nicht länger als zehn Jahre zurückliegen. — Der Regierungsvorlage, die einen besonderen Ausbildungsfreibetrag in Höhe von 720 DM für Steuerpflichtige vorgesehen hatte, deren Kinder im Alter von über 15 Jahren sich noch in der Ausbil-

dung befinden, folgte der Bundestag nicht. Er widersprach den Plänen, da von über 2,6 Mio Kindern über 15 Jahre in der Berufsausbildung 650 000 von der Begünstigung ausgeschlossen worden wären, weil ihre Eltern keine Steuern zahlen. Auch wurde befürchtet, daß die Steuerentlastung sich in den verschiedenen Einkommensgruppen verschieden auswirkt. Nicht zuletzt wurde ein erheblicher Steuerausfall befürchtet, von dem die Länder zwei Drittel zu tragen gehabt hätten.

Ausbildungsbeihilfen innerhalb des Kindergeldgesetzes sollen ohne Beschränkung durch eine Einkommensgrenze an jede Familie mit zwei und mehr Kindern für jedes Kind gezahlt werden, das sich nach Vollendung des 15. Lebensjahres noch in der Ausbildung auf einer weiterführenden Schule oder in einem anerkannten Lehr- oder Anlernberuf befindet. Für die letzte Gruppe jedoch nur dann, wenn der Lehrling kein Entgelt für seine Tätigkeit erlangt. Bundesfinanzminister Dahlgrün möchte diese Regelung, die den Bundeshaushalt mit 680 Millionen Mark jährlich belastet, erst vom Jahresbeginn 1966 an einführen, sofern der Bundestag die finanziellen Mittel nicht durch Kürzung anderer Positionen aufbringt. Die CDU/CSU wünscht ein Inkrafttreten der Novelle zum Kindergeldgesetz vom 1. April nächsten Jahres an.

Gegen den Gesetzentwurf wurden in Bonn aus kulturpolitischen Kreisen erhebliche Bedenken geäußert. Es wird befürchtet, daß durch die generelle Erziehungsbeihilfe eine gezielte Hilfe für den Besuch weiterführender Schulen nicht erfolgt. Die Hilfe würde auch an Familien gezahlt werden, die ihren Kindern schon jetzt eine weitergehende Ausbildung zuteil werden ließen. Pläne für ein Ausbildungsförderungsgesetz wurden im Bundesfamilienministerium vorerst fallengelassen. Es bestehen hier verfassungsrechtliche Bedenken wegen der Zuständigkeit des Bundes. Dem Bundestag liegt noch ein SPD-Initiativentwurf zur Ausbildungsbeihilfe vor, der eine gezielte und auf die jeweilige Ausbildung und Vermögenslage abgestellte Förderung anstrebt.

**Die Ausbildungszeiten für Juristen sollen verkürzt werden.** Zwei Initiativgesetzentwürfe der CDU/CSU und der FDP streben an, die Mindestausbildungszeit von sieben auf fünf Jahre zu verringern. Das Jura-Studium soll von dreieinhalb auf drei Jahre und der Vorbereitungsdienst von dreieinhalb auf zweieinhalb Jahre verkürzt werden. Die Studienpläne und die Planungen für die Referendarzeit sollen den neuen Vorschlägen angepaßt werden. Während der Entwurf der Unionsparteien gleichzeitig eine neue Einteilung der Ausbildungsstationen der Referendare anstrebt, will der Gesetzentwurf der FDP eine Regelung dieser Frage den Ländern überlassen.

**Die medizinische Akademie Lübeck wurde eröffnet.** Die neue Akademie dient zunächst der Kieler Universität als zweite Medizinische Fakultät, an der Medizinstudenten nach dem Physikum bis zum Staatsexamen studieren können. Später sollen auch vorklinische Semester eingeführt werden. Die Akademie will neue Wege im Medizinstudium gehen und kleine Studentengruppen, vor allem am Krankenbett, individuell ausdehnen. Nach Abschluß des Aufbaus der Akademie soll sie einen selbständigen Status erhalten. Die Investitionskosten betragen rund 130 Millionen Mark, von denen der Bund 50 Prozent übernehmen wird.

**50 Jahre besteht in Kiel das Institut für internationales Recht.** Das Institut nahm unter Prof. Dr. Theodor Niemeyer 1914 seine Arbeit auf und ist das älteste Institut seiner Art in Deutschland. In einer Jubiläumsfeier verlieh die Recht- und Staatswissenschaftliche Fakultät Kiel ihre Ehrendoktorwürde an die Völkerrechtler Prof. Dr. Paul Buggenheim (Genf) und Dr. Max Soerensen aus Aarhus in Würdigung ihrer Verdienste um die Entwicklung des Völkerrechts.

**Die TH Aachen will ein Philosophische und eine Medizinische Fakultät** im nächsten Jahr gründen. Die Philosophische Fakultät soll im Sommersemester 1965 mit der Lehrtätigkeit beginnen. Es ist geplant, Schwerpunkte in

#### **Einführungstagung der Alexander von Humboldt-Stiftung**

An der Einführungstagung der Alexander von Humboldt-Stiftung vom 4. bis zum 7. November in Würzburg nahmen 262 ausländische Wissenschaftler aus 51 Ländern teil. Die Mehrzahl von ihnen reiste erst kürzlich nach Deutschland ein, nachdem sie ein Forschungsstipendium der Humboldt-Stiftung erhalten hatten.

Die Einführungstagung sollte die Wissenschaftler mit den in Deutschland aus ihren Heimatländern weilenden ehemaligen Humboldt-Stipendiaten bekannt machen. Ihnen wurde während der Tagung eine Übersicht über Förderungsmöglichkeiten und die Verhältnisse an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten gegeben. Als Themen der Einführungsvorträge waren „Wissenschaft, Forschung und Staat“, „Das Problem der Quantität und Qualität im akademischen Bereich“, „Expressionismus in Dichtung und Malerei“ sowie eine Darstellung über die „Humboldt-Stiftung“ gewählt. In Rund- und Gruppengesprächen bestand eine reiche Möglichkeit zum Gedankenaustausch.

Von den teilnehmenden Wissenschaftlern der Würzburger Tagung stammen 38 Prozent aus europäischen Ländern, darunter auch aus Bulgarien, Polen, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Ungarn. 62 Prozent kamen aus Übersee. 55 Prozent waren Naturwissenschaftler. Hier waren vor allem die Fachgruppen Medizin, Chemie, Biologie, Mathematik und Physik stark vertreten. 38 Prozent gehören den Geisteswissenschaften an, unter denen die Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften sowie die Germanistik zahlenmäßig am stärksten vertreten waren. Sechs Prozent waren Ingenieurwissenschaftler.

Fächern zu bilden, in denen an anderen Universitäten Engpässe bestehen. Lehrstühle für Philosophie, Psychologie, Soziologie, Pädagogik, Politische Wissenschaften, Geographie, Geschichte und Kunstgeschichte bestehen bereits. Zum Wintersemester 1965/66 wird mit den ersten Vorlesungen in der Medizinischen Fakultät gerechnet.

**„Ostdeutsche Nobel-Preisträger“** heißt eine vom Bund der Vertriebenen zusammengestellte Dokumentarausstellung in Bonn. Bundesvertriebenenminister Ernst Lemmer wies bei der Eröffnung der Ausstellung darauf hin, daß 22 von 66 deutschen Nobel-Preisträgern ostdeutscher Herkunft sind.

**Ein Modellinternat für Medizinstudenten** will die Universität Erlangen im nächsten Jahr einrichten. In dreiwöchigen Kursen sollen Studenten ungewöhnliche Krankheitsbilder in diesem Internat kennenlernen. Die Medizinische Fakultät Erlangen will auf Grund eines Gesetzes von 1923 Studenten exmatrikulieren, wenn sie vier Semester über die durchschnittliche Studienzeit hinaus studieren.

**Der Baubeginn für die Universität Regensburg** ist auf 1965 festgelegt. Erste Gebäude sollen nach einer Mitteilung des bayerischen Kultusministers 1967 fertiggestellt werden. Für die später 6000 Studenten zählende Universität wird mit Investitionskosten in Höhe von 1,5 Milliarden Mark gerechnet. Die ersten Gebäude sollen 26 Lehrstühle, Verwaltung, Bibliothekseinrichtungen und das Rektorat aufnehmen.

**Die Investitionskosten für die Medizinische Akademie Augsburg** werden im bayerischen Kultusministerium auf etwa 600 Millionen DM geschätzt. Bei dieser Summe wird die Neuerrichtung sämtlicher Kliniken und Institute als notwendig unterstellt. Die Kosten für den Bau des Klinikums der Universität München in Großhadern werden auf rund 400 Millionen Mark geschätzt. Das bayerische Kultusministerium will seine Baumaßnahmen 1965 verdoppeln. Die Ausgaben für die Wissenschaftsförderung in Bayern erhöhten sich von rund 198 Millionen Mark im Jahre 1959 auf 435 Millionen Mark im Jahre 1964. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Gründung neuer Lehrstühle sind in Bayern zu 80 Prozent erfüllt.

**Eine Neuordnung des Studiums für Gymnasiallehrer** schlug der baden-württembergische Kultusminister Prof. Dr. Hahn vor dem Philologenverband Nordwürttembergs vor. Für die Lehrer an Höheren Schulen soll ein Hauptfach mit einem eingehenden wissenschaftlichen Studium vorgesehen werden. Gleichzeitig sollen zwei „Stützfächer“ in einem sechssemestrigen Studium eingeführt werden. Die Lehrbefugnis in diesen Fächern soll zum Unterricht an der Unter- und Mittelstufe berechtigen.

**Mittel für Bauten an hessischen Hochschulen** sieht der neue Landesetat vor. 30,4 Millionen Mark sollen für den Ausbau der Marburger Universität, darunter Neubauten naturwissenschaftlicher und geisteswissenschaftlicher Institute und einer neuen Nervenklinik ausgegeben werden. Zur Erweiterung der Universität Gießen — Neubau eines Philosophikums und neuer Gebäude der naturwissenschaftlichen Fakultät — sind 27,5 Millionen Mark veranschlagt. 8,6 Millionen Mark soll die Technische Hochschule Darmstadt für vier neue Fakultäts- und ein Hörsaalgebäude erhalten. 3,2 Millionen Mark sind für ein Strahlencentrum in Gießen und ein Institut für Kernphysik in Darmstadt bestimmt. Zehn Millionen Mark macht der Beitrag Hessens zu dem Investitionsfonds der Länder für den Bau neuer Hochschulen aus. Innerhalb des Kultusetats weisen die drei Universitäten des Landes, die Technische Hochschule in Darmstadt, die beiden Kliniken in Marburg und Gießen sowie die beiden Hochschulen für Erziehung in Frankfurt und Gießen Ausgaben in Höhe von 245 Millionen Mark aus.

**Der Mangel an Sanitätsoffizieren bei der Bundeswehr kommt in Zukunft allen Medizin-, Zahnmedizin- und Pharmaziestudenten im wehrpflichtigen Alter zugute.** Bundesverteidigungsminister von Hassel erklärte am 2. November 1964, daß ab April 1965 die Studenten der genannten Fachrichtungen erst nach ihrer Approbation zu einem verkürzten Grundwehrdienst von zwölf Monaten herangezogen werden. Abiturienten, die sich vor Studienbeginn zu einem — ebenfalls verkürzten — Grundlehrgang melden und nach Studienabschluß 8 Jahre als Sanitätsoffizier dienen wollen, versprach der Minister eine Studienbeihilfe von DM 250,— monatlichen Unterhaltsgebühren, DM 200,— Semestergebühren und DM 150,— Lehrmittelszuschuß pro Semester.

**Die Wirtschaft benötigt mehr Naturwissenschaftler, vor allem aber mehr Chemiker**, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Bayer-Werke AG, Prof. Dr. Hansen, und belegte diese Forderung mit einer Reihe von Zahlen. Prof. Dr. Hansen betonte, daß bei Bayer heute mehr Chemiker tätig seien als 1938 in der gesamten IG Farbenindustrie. Er wies weiter darauf hin, daß an den Deutschen Hochschulen 1963 nur 8800 Chemie-Studenten waren. Er verlangte eine Beschränkung des chemischen Studiums auf zwölf Semester und einen besseren naturwissenschaftlichen Unterricht an den Gymnasien, um bessere Voraussetzungen für das Studium zu schaffen. Prof. Dr. Hansen bedauerte es, daß an den Hochschulen die zumeist knappen Laborplätze durch Chemikerinnen belegt werden, woraus den männlichen Studenten ein Nachteil entsteht. Diesen Schluß zog Prof. Dr. Hansen aus einer Statistik, die nachweist, daß ein geringerer Teil der Chemie-Studentinnen ihr Studium mit Erfolg abschließt.

**Der Mangel an befähigten, schöpferisch begabten Konstrukteuren bereitet der Industrie in zunehmendem Maße ernste Sorgen.** Die VDI-Fachgruppe Konstruktion (ADKI) hat daher schon 1963 in München mit leitenden Persönlichkeiten der Industrie ein Gespräch „Engpaß Konstruktion“ geführt. In der Diskussion wurde nachdrücklich auf die entscheidende Bedeutung des Konstruktionsunterrichtes an den Technischen Hochschulen hingewiesen.

In einem weiteren Gespräch „Engpaß Konstruktion“ mit Professoren von Hochschulen und Dozenten von Ingenieurschulen, an dem auch schweizerische und österreichische Hochschullehrer und Dozenten teilnahmen, wurden in diesem Jahr Maßnahmen erörtert, die geeignet sind, die Freude am Konstruieren noch in vermehrtem Maße schon während des Studiums zu wecken.

**Eine Verlängerung des Sommersemesters** strebt der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Dr. Gerhard Weng (CDU) mit einem Antrag im Landtag an. Die Landesregierung soll prüfen, ob auf diese Weise die Kapazität der Hochschulen besser gelöst werden kann. Weng forderte eine Neuordnung des Prüfungsstoffes und eine Neuordnung des Studienganges durch Vor- und Zwischenprüfungen. Die Regierung soll außerdem überlegen, ob es verfassungsrechtlich zulässig ist, die Studenten gesetzlich zu zwingen, nach einer gewissen Semesterzahl ein Examen abzulegen. Die Landesregierung soll Auskunft geben, warum in Baden-Württemberg die Zahl von Studenten, die erst nach elf Semestern ihre Prüfungen ablegen, wesentlich höher ist als in anderen Bundesländern.

**Spekulationen über die Zusammenarbeit mit der israelischen Kernforschung** wiesen die Heidelberger Physiker Prof. Dr. Hans Jensen und Dr. Wolfgang Gentner in öffentlichen Erklärungen zurück. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit deutscher Gelehrter mit israelischen Forschungseinrichtungen ständen in keinem Zusammenhang mit militärischen Projekten und Rüstungen. Jensen widersprach einer Erklärung des Leiters des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Staatssekretär von Hase, der von einer Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie gesprochen hatte. Weder

die Universität Heidelberg, so erklärten die Wissenschaftler, noch das Weizmann-Institut verfügten über Reaktoren. Eine Zusammenarbeit bestehe nicht in der Verwendung von Kernenergie, sondern nur in der Grundlagenforschung.

**Die Errichtung eines Fachverbandes Erziehungswissenschaften im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS)**, der die fachliche Vertretung der dem VDS bereits angehörigen Studentenschaften pädagogischer Hochschulen sowie der künftigen Gymnasiallehrer übernehmen soll, befürwortete die vom 19. bis 21. 10. 1964 in Bonn tagende Konferenz der Fachverbandsvorsitzenden im VDS. Sie sprach ferner für die Aufnahme weiterer Studentenschaften von Pädagogischen Hochschulen in den VDS aus und bat die Ausschüsse für Fachverbands- und für Studentenschaftsfragen des VDS, die damit zusammenhängenden Probleme erneut zu prüfen.

**Ein Gutachten über das berufliche Ausbildungs- und Schulwesen** sowie Empfehlungen zum Aufbau der Hauptschule veröffentlichte der deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen. Es wird vorgeschlagen, das Zusammenwirken von Betrieb und Berufsschule neu zu gestalten und einen obligatorischen Berufsschulunterricht von zwölf Wochenstunden einzuführen. Die gemeinsame Verantwortung von Betrieb und Schule solle in einem einheitlichen beruflichen Reifezeugnis zum Ausdruck kommen.

**Das deutsche Elektronensynchrotron (DESY) in Hamburg** wurde am 12. November durch Bundesforschungsminister Hans Lenz der deutschen Wissenschaft übergeben. Die Forschungsstätte wurde in rund sechs Jahren für 110 Millionen Mark errichtet. Eine gleichartige Anlage besteht in Cambridge (Massachusetts), USA. Im DESY werden Elementarteilchen in einen Ringtunnel von 100 m Durchmesser fast auf Lichtgeschwindigkeit beschleunigt. Die Elementarteilchen treffen mit einer Energie von sechs Milliarden Elektronenvolt auf bestimmte Anlagen und lösen dabei Kernprozesse aus, die Aufschluß über die Natur der Materieteilchen geben. Lenz teilte bei der Eröffnung mit, daß die Betriebs- und Forschungskosten für 1965 rund 29 Millionen Mark betragen werden. Eine optimale Ausnutzung verlangt einen Etat von etwa 40 Millionen Mark. Der Bund, die Länder und die VW-Stiftung haben sich an den Investitionskosten beteiligt. Bund und Länder wollen die laufenden Kosten übernehmen.

**Neun Volluniversitäten bestehen in Südafrika, eine zehnte ist geplant.** 1963 waren in der Republik insgesamt 50 639 Studenten immatrikuliert: Universität Witwatersrand in Johannesburg (6257), Universität Kapstadt (5963), Universität von Natal mit Fakultäten in Durban und Pietermaritzburg (4154), Rhodes-Universität in Grahamstown (1627), Universität Pretoria (8872), Universität Stellenbosch (4818), Universität des Oranjefreistaats in Bloemfontein (2230), Universität Potchefstroom (2118), Universität von Südafrika in Pretoria (14 600) und Universität Port Elizabeth (—). Dazu kommen fünf Universitätskollegs für die nichtweißen Bevölkerungsgruppen: drei für Bantus und je eins für Inder bzw. Mischlinge. Eine ganze Reihe Nichtweißer studiert auch an den Universitäten von Kapstadt, vom Witwaterstrand, von Natal und von Südafrika.

## PERSONALIA

### BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

#### a) ordentliche Professoren

**Berlin (FU):** Prof. Dr. Klaus Stern (Staats- und Verwaltungsrecht) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, insbesondere Steuerrecht und Wirtschaftsrecht angenommen. — Hon.-Prof. Dr. jur. Fritz Werner/Göttingen (Präsident des Bundesverwaltungsgerichts) wurde zum ordentlichen Professor auf dem Lehrstuhl für Staatsrecht und Politik ernannt.

**Bochum:** Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Priv.-Doz. Dr. phil. Franz-Josef Schmalle/Würzburg (Mittelalterliche Geschichte); apl. Prof. Dr. jur. Wilhelm Wertenbruch/Köln (Öffentliches Recht); Dozent Dr. phil. Hellmut Flashar/Tübingen (Klassische Philologie, Graezistik); Prof. Dr. theol. Othmar Schilling/Paderborn (Altes Testament); Dozent Dr. phil. Godo Lieberg/Tübingen (Klassische Philologie); Priv.-Doz. Dr. jur. Kurt H. Biedenkopf/Frankfurt (Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht); Priv.-Doz. Dr. jur. Gerd Geilen/Bonn (Strafrecht und Strafprozeßrecht); Priv.-Doz. Dr. jur. Sven Erik Wunner/München (Antike

Rechtsgeschichte und Bürgerliches Recht); Priv.-Doz. Dr.-Ing. Klaus Gersten/Braunschweig (Strömungslehre); a. o. Prof. Dr. med. Hans Loeschke/Göttingen (Physiologie); Priv.-Doz. Dr. phil. Wolfgang Kollmann/Hamburg (Sozial- und Wirtschaftsgeschichte).

**Bonn:** Prof. Dr. rer. pol. Horst Albach (Betriebswirtschaftslehre) hat einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Universität Münster erhalten. — Apl. Prof. Dr. med. Walter Becker/Mainz (Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dr. phil. Walter Vogel (Angewandte Mathematik) wurde auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches berufen.

**Braunschweig:** Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Priv.-Doz. Dr. phil. Franz Rudolf Keßler (Physik); a. o. Prof. Dipl.-Ing. Zdenko Strizic (Gebäudelehre und Entwerfen); a. o. Prof. Dr. phil. Dr. med. Rudolph Weigmann (Pharmakologie); Baurat Dr.-Ing. Heinrich Paschen (Baukonstruktionslehre und Holzbau); Baudirektor Dipl.-Ing. Heinrich Habekost (Städtebau, städt. Straßen- und Tiefbau). — Prof. Dr. rer. nat. Walter

Kertz (Geophysik) erhielt einen Ruf an den Lehrstuhl seines Faches an der Universität Göttingen.

**Darmstadt:** Prof. Dr. jur. Martin D r a t h / FU Berlin wurde auf den ordentlichen Lehrstuhl für Öffentliches Recht berufen.

**Frankfurt:** Prof. Dr. rer. nat. Herbert S t a u d e / Leipzig wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Physikalische Chemie berufen. — Priv.-Doz. Dr. phil. nat. Friedrich S t u m m e l / Berlin (Angewandte und Instrumentelle Mathematik) wurde auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches berufen und zum ordentlichen Professor ernannt.

**Gießen:** Priv.-Doz. Dr. med. K. F r i m m e r (Pharmakologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Veterinärpharmakologie berufen.

**Göttingen:** Einen Ruf erhielten: Prof. D. Dr. theol. Wolfgang T r i l l h a a s (Systematische Theologie) an die Universität München auf den Lehrstuhl für Christliche Weltanschauung; Prof. Dr. rer. nat. Johannes G r a u e r t (Mathematik) an die Universität Münster auf den Lehrstuhl für Mathematik; Prof. Dr. rer. nat. Gerhard S p e i d e l (Forstpolitik und Betriebswirtschaftslehre) an die Universität Freiburg/Br. auf den Lehrstuhl für Forsteinrichtung und forstliche Betriebswirtschaftslehre.

**Hamburg:** Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: apl. Prof. Dr. theol. Bernhard L o h s e (Kirchen- und Dogmengeschichte) und Priv.-Doz. Dr. med. Kurt F l e i s c h h a u e r (Anatomie). — Einen Ruf erhielten: Prof. Dr. phil. nat. Heinz B a u e r (Mathematik) auf ein Ordinariat für Mathematik an der Universität Erlangen — Nürnberg; Prof. Dr. rer. pol. Helmut L i p f e r t (Betriebswirtschaftslehre) auf das Ordinariat für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre der Banken an der TU Berlin.

**Heidelberg:** Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Erich H e c k e r / München (Organische Chemie und Biochemie) wurde zum ordentlichen Professor seines Faches ernannt.

**Kiel:** apl. Prof. Dr. phil. Werner T r a x e l / Bayreuth (Psychologie) wurde zum ordentlichen Professor seines Faches ernannt. — Prof. Dr. jur. Gotthard P a u l u s (Handelsrecht, insbesondere Wirtschafts- und Versicherungsrecht) erhielt einen Ruf an die Universität München.

**Köln:** Prof. Dr. phil. Hansjakob S e i l e r / Köln hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Vergleichende Sprachwissenschaft angenommen.

**Mannheim:** Prof. Dr. sc. pol. Alfred S t o b b e / Berlin hat den Ruf auf das Ordinariat für Theoretische Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie angenommen. — Priv.-Doz. Dr. rer. pol. Dieter F a r n y / Köln wurde zum ordentlichen Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und besondere Betriebswirtschaftslehre der Versicherungen ernannt. — Prof. Dr. oec. publ. Knut B o r c h a r d t (Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Volkswirtschaftslehre) hat einen Ruf auf das Ordinariat für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an die Universität Münster erhalten.

**München (TH):** Prof. Dr. rer. nat. Ernst Otto F i s c h e r / Univ. München (Anorganische Chemie) wurde zum ordentlichen Professor für Anorganische Chemie in der Fakultät für Allgemeine Wissenschaften ernannt.

**Münster/Essen:** Unter gleichzeitiger Übertragung des Ordinariats wurden am Klinikum Essen zu ordentlichen Professoren ernannt: Dozent Dr. jur. Ulrich L e f f s o n / Mainz (Betriebswirtschaftslehre); apl. Prof. Dr. phil. nat. Elmar T h o m a / Heidelberg (Mathematik); apl. Prof. med. Hans Joachim S c h ü m a n n / Frankfurt (Pharmakologie); apl. Prof. Dr. med. Werner K l o s t e r k ö t t e r / Münster (Hygiene und Arbeitsmedizin).

**Saarbrücken:** Priv.-Doz. Dr. jur. W. K. G e c k / Heidelberg (Staats- und Verwaltungsrecht, ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

**Tübingen:** Prof. Dr. med. Herbert R e m m e r / Berlin (Toxikologie) und Prof. Dr. rer. nat. Adolf S e i l a c h e r / Göttingen (Paläontologie) wurden auf das Ordinariat ihres Faches berufen. — Prof. Dr. rer. pol. Karl B r a n d t (Volkswirtschaftslehre) hat einen Ruf auf das Ordinariat für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg erhalten.

**Würzburg:** apl. Prof. Dr. med. Wolfgang L e y d h e c k e r / Bonn (Augenheilkunde) ist zum ordentlichen Professor ernannt worden. — Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Wolfgang H i n k / Berlin (Experimentelle Physik) wurde zum ordentlichen Professor der Experimentellen Physik ernannt.

## b) außerordentliche Professoren

**Bonn:** Zu a. o. Professoren wurden ernannt: apl. Prof. Dr. phil. Friedhelm K o r t e (Organische Chemie); Dozent Dr. Hans-Dieter B e c k e y (Physikalische Chemie).

**Clausthal-Zellerfeld:** Dr. rer. nat. Rolf T h i e n h a u s wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Geologie außereuropäischer Länder berufen.

**Hamburg:** Dr. Erwin W e i s s / Genf-Grand Lancy (Schweiz) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf das Extraordinariat für Spezielle Anorganische und Analytische Chemie berufen. — Der apl. Prof. Dr. med. Dr. rer. nat. Ernst E f f e n b e r g e r / Bonn wurde zum außerordentlichen Professor für Arbeitsmedizin und Industriehygiene ernannt. — ao. Prof. Dr. phil. Karl Ludwig F u r c k (Erziehungswissenschaft) erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Pädagogik (insbesondere Wirtschaftspädagogik) an der Wirtschaftshochschule Mannheim.

**München (TH):** Der außerordentliche Lehrstuhl für Plastik wurde mit Herrn Fritz K ö n i g besetzt, der zum planmäßigen außerordentlichen Professor ernannt wurde.

**Saarbrücken:** Univ.-Doz. Dr. phil. Mohammed R a s s e m / München (Allgemeine Kulturlehre) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt.

**Würzburg:** apl. Prof. Dr. Fritz B r a m s t e d t (Direktor der Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg-Altona) ist zum außerordentlichen Professor der Zahnheilkunde ernannt worden.

## c) Honorarprofessoren

**Braunschweig:** Ehrensensator Dr.-Ing. Paul R h e i n l ä n d e r wurde zum Honorarprofessor für Bauwesen ernannt.

**Hamburg:** Zu Honorarprofessoren wurden ernannt: Dr. phil. Walter H ä n t z s c h e l (Hauptkustos am Geologischen Staatsinstitut) und in der Medizinischen Fakultät Dr. med. Werner S e l b e r g.

**München (TH):** Dr.-Ing. Ernst G a ß n e r wurde zum Honorarprofessor für das Fachgebiet Festigkeitslehre ernannt.

## d) Wissenschaftliche Räte

**Bonn:** Zu Wissenschaftlichen Räten wurden ernannt: apl. Prof. Dr. med. Otto Rudolf K l i m m e r (Pharmakologie und Toxikologie); apl. Prof. Dr. med. Wilhelm Z e h (Neurologie und Psychiatrie); apl. Prof. Dr. Erich S c h u l z e (Acker- und Pflanzenbau).

**Köln:** Priv.-Doz. Dr. phil. Albert Z i m m e r m a n n (Philosophie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt; damit ist das Recht verbunden, den Titel apl. Professor zu tragen.

**Münster:** Die apl. Professoren Dr. med. Paul vor dem E s c h (Hygiene und Bakteriologie) und Dr. med. Hans K e h r e r wurden zu Wissenschaftlichen Räten ernannt.

## e) außerplanmäßige Professoren

**Bonn:** Zum außerplanmäßigen Professor wurde Priv.-Doz. Dr. med. Siegfried M e h m k e (Oberarzt an der Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten) ernannt. — Apl. Prof. Dr. med. Heinz W e c k e r erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Humangenetik.

**Braunschweig:** Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Adolf B r a u n s (Zoologie) und Priv.-Doz. Dr. phil. Dr. sc. rel. Gerhart M a y e r (Neuere Deutsche Literaturgeschichte).

**Clausthal-Zellerfeld:** Priv.-Doz. Dr. phil. habil. Sigismund K i e n o w (Bergbau und Hüttenwesen) ist zum außerplanmäßigen Professor ernannt worden.

**Hamburg:** Priv.-Doz. Dr. phil. Konrad S c h a u e n b u r g (Archäologie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt. — Einen Ruf erhielten: apl. Prof. Dr. med. Helmut R e m é (Chirurgie) auf einen ordentlichen Lehrstuhl für Chirurgie an der Medizinischen Akademie Lübeck; apl. Prof. Dr. phil. Walther L a m m e r s (Mittlere und Neuere Geschichte) auf einen ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an die Universität Frankfurt/M.

**München:** Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Priv.-Doz. Dr. oec. publ. Robert M a g i n (Ertragskunde und Forsteinrichtung); Priv.-Doz. Dr. med. Rudolf K a i s e r (Geburtshilfe und Gynäkologie) und Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Franz E b e r h a r d W i t t i g (Physikalische Chemie).

**München (TH):** Dozent Dr. rer. nat. Klaus P ö s c h l (Mathematik) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

**Münster:** Einen Ruf an das Klinikum Essen erhielten: apl. Prof. Dr. med. Herbert Brettschneider (Anatomie) auf das Ordinariat für Topografische Anatomie; apl. Prof. Dr. med. Carl Gottfried Schmidt (Physiologische Chemie, Pathologische Physiologie, Innere Medizin) auf das Extraordinariat für Innere Medizin. — Apl. Prof. Dr. phil. Wolfgang Rothstein (Mathematik) erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Mathematik an der TH Hannover. — Priv.-Dozentin Dr. rer. nat. Almuth Klemmer (Organ. Chemie) wurde zur außerplanmäßigen Professorin ernannt.

**Tübingen:** Dr. med. Otto Heinrich Braun wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

**Würzburg:** Univ.-Doz. Dr. phil. Heinz Roosen-Runge (Mittlere und Neuere Kunstgeschichte) ist zum außerplanmäßigen Professor ernannt worden.

#### f) Dozenten und Privatdozenten

**Bonn:** Zu Dozenten wurden ernannt: Priv.-Doz. Dr. phil. Günter Bergerhoff (Anorganische Chemie) und Priv.-Doz. Dr. phil. Hans-Dieter Klämbt (Botanik).

**Braunschweig:** Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Werner Uhlmann (Statistik) erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl für Statistik an der Universität Würzburg.

**Gießen:** Dr. med. vet. H. Strauch (Veterinärhygiene und Tierseuchenlehre) wurde zum Dozenten ernannt.

**Marburg:** Priv.-Doz. Dr. phil. Manfred Schleinke (Neuere Geschichte) hat einen Ruf auf das neu zu errichtende Ordinariat seines Faches erhalten.

**München:** Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Heinz Peter William Fritz (Anorganische Chemie) wurde zum Universitäts-Dozenten ernannt.

**Münster:** Priv.-Doz. Dr. theol. Oswald Loretz (Exegese des Alten Testaments) und Priv.-Doz. Dr. phil. Hans-Peter Stahl (Klassische Philologie) wurden zu beamteten Dozenten ernannt.

#### HABILITATION UND VERLEIHUNG DER „VENIA LEGENDI“

**Braunschweig:** Die „venia legendi“ wurde verliehen an: Dr. rer. nat. Gottfried Landwehr für das Fach Experimentalphysik; Dr. rer. nat. Dietrich Schliephake für das Fach Chemische Technologie; Dr. rer. nat. Jens Mennicke für das Fach Mathematik; Dr. oec. Ernst Gerth für das Fach Betriebswirtschaftslehre und Dr. Ing. Ernst Salje für das Fach Steuerung von Werkzeugmaschinen.

**Heidelberg:** Dr. theol. Gustav Adolf Benrath wurde die „venia legendi“ für das Fach Kirchengeschichte verliehen.

**München:** Dr. phil. Günter Ulbert wurde die „venia legendi“ für das Fach Vor- und Frühgeschichte mit besonderer Berücksichtigung der provincialrömischen Archäologie und Wiss.-Ass. Dr. phil. Dieter Klemm die für Mineralogie erteilt. Damit ist das Recht auf Führung des Titels „Privat-Dozent“ verbunden.

**Münster:** Dr. rer. nat. Dieter Rödding wurde die „venia legendi“ für das Fach „Mathematische Logik“ verliehen.

#### LEHRAUFTRÄGE

**Clausthal-Zellerfeld:** Dr. phil. Jörn Behrens, Kustos am Geophysikalischen Institut, wurde für das WS 64/65 ein Lehrauftrag über das Fachgebiet Einführung in die Angewandte Geophysik erteilt.

**Münster:** Folgende Lehraufträge wurden verlängert: Priv.-Doz. Dr. med. Hans Henning Matthiaß für Orthopädie (WS 64/65); Prof. med. Jörg Rehn für Chirurgie (WS 64/65, SS 65); Prof. Dr. med. Hans Sachs für Gerichtliche Medizin, Versicherungsmedizin und ärztliche Rechts- und Berufskunde (WS 64/65); — Folgende Lehraufträge wurden erteilt: Prof. Dr. med. Wolfgang Ulmer für Pathologische Physiologie (WS 64/65, SS 65); Dr. phil. Vogt für Kunstgeschichte (WS 64/65).

#### VERTRETUNGEN

**Bonn:** Prof. Dr. med. Dr. med. dent. Gustav Korkhaus (Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde) wurde für die Dauer des WS 64/65 mit der Vertretung des Lehrstuhls für Zahnheilkunde beauftragt.

**Braunschweig:** Mit der vertretungsweisen Wahrnehmung eines Lehrstuhls wurden beauftragt: em. Prof. Dr. Ing. Edgar Seydel für Sondergebiete der Statik des Maschinenbaus bis zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls; Priv.-Doz. Dr. phil. Theodorich Herrmann für Psychologie bis zu seiner Ernennung zum ordentlichen Professor; em. Prof. Dr. phil. Fritz Rehbock für Angewandte Mathe-

matik und der Dienstwahrnehmung des Direktors des gleichnamigen Institutes im Wintersemester 64/65; em. Prof. Dr. phil. Hermann Glockner für Philosophie neben der Durchführung der Geschäfte des Direktors des Seminars im WS 64/65; em. Prof. Dr. Ing. Paul Koesler für Fahrzeugtechnik, gleichzeitig Direktor des Institutes im WS 64/65; Prof. Dr. Ing. Sergei Traustel für Wärmetechnik durch Übernahme von Vorlesungen vom SS 64 bis zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls; Prof. Dr.-Ing. Sergei Traustel für Getriebe- und Konstruktionslehre in Vorlesungen und Übungen im WS 64/65; Dr.-Ing. Erich Kulke für Landwirtschaftliche Baukunde vom 1. 11. ab bis zu seiner Ernennung zum ordentlichen Professor.

**Hamburg:** Mit der vertretungsweisen Wahrnehmung eines Ordinariats wurden beauftragt: em. Prof. Dr. phil. Egmont Zechlin für Mittlere und Neuere Geschichte bis zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls; apl. Prof. Dr. rer. nat. Horst Leptin für Mathematik vom 1. 11. bis 31. 3. 65.

**München:** Univ.-Doz. Dr. jur. Herbert Wiedemann hat im WS 64/65 die Vertretung eines Bürgerlich-Rechtlichen Lehrstuhls in Hamburg und Berlin übernommen.

**Münster:** Dozent Dr. theol. Richard Hentschke (Altes Testament) wurde für die Dauer des WS 64/65 mit der Vertretung des Lehrstuhls für Alttestamentliche Wissenschaft an der Universität Bonn beauftragt.

**Tübingen:** Prof. Robert Anderson Barclay, M. A., B. D. von der Universität Leeds, wird den Lehrstuhl für Missionswissenschaft und oekumenische Theologie vertreten. — Mit der vertretungsweisen Wahrnehmung des Lehrstuhls für Systematische Theologie wurde Dozent Dr. theol. Hans-Joachim Birkner beauftragt.

#### BEURLAUBUNGEN

**Bonn:** Priv.-Doz. Dr. Theodor Schmidt-Kaler (Astronomie) ist für die Dauer eines Jahres als Visiting Professor an die Universität Toronto beurlaubt worden.

**Braunschweig:** Beurlaubt wurden: Prof. Dr. rer. nat. Roland Lindner (Kernchemie) für ein weiteres Jahr bis zum 31. 8. 65 für eine Tätigkeit im Gemeinsamen Forschungszentrum der Europäischen Atomgemeinschaft in Ispra/Italien; Priv.-Doz. Dr. phil. nat. Augustin Betz (Botanik) für ein weiteres Jahr bis zum 31. 3. 65 zur Durchführung von Forschungsarbeiten in den USA.

**Hamburg:** Beurlaubt wurden: Prof. Dr. phil. Ernst Witt (Mathematik) vom 1. 11. 64 bis 31. 3. 65 zur Wahrnehmung einer Gastprofessur an der N. Y. State University, Stony Brook, Long Island/USA; apl. Prof. Dr. med. Klaus Ullerich (Augenheilkunde) für ein Jahr zur Vorbereitung und den Aufbau der an der Medizinischen Akademie Dortmund durchgeführten Vorlesungen für Sehschwachenlehrer.

**Münster:** Prof. D. Dr. theol. Karl Heinrich Rengstorff wurde für das SS 65 von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen und Übungen entbunden, um sich seinen wissenschaftlichen Arbeiten widmen zu können.

#### EMERITIERUNGEN

**Bonn:** Prof. Dr. med. Joachim Granzow wurde die Rechtsstellung eines em. o. Prof. verliehen. — Prof. Dr. med. Harald Siebke (Geburtshilfe und Frauenheilkunde) wurde auf seinen Antrag Ende September emeritiert.

**Braunschweig:** Ende September wurden emeritiert: Prof. Dr. phil. Hermann Glockner (Philosophie); Prof. Dr.-Ing. Paul Koesler (Fahrzeugtechnik); Prof. Dr.-Ing. Robert Krause (Getriebe-Konstruktionslehre); Prof. Dr. phil. Fritz Rehbock (Mathematik und Darstellende Geometrie).

#### ABGELEHNT BEBERUFUNGEN

**Berlin (FU):** Prof. Dr. Richard Gerber (Anglistik) hat einen Ruf an die Universität Köln abgelehnt.

**Göttingen:** Berufungen haben abgelehnt: Prof. Dr. jur. Karl Kroeschel (Bürgerliches Recht, Handelsrecht, Landwirtschaftsrecht und Deutsche Rechtsgeschichte) an die Universität Marburg; Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Dr. phil. Dr. oec. publ. Theodor Suranyi-Unger (Volkswirtschaftslehre) an die Universität Innsbruck.

**Hamburg:** Prof. Dr. phil. Dietrich Gerhardt (Slavistik) hat den an ihn von der Universität Heidelberg ergangenen Ruf abgelehnt.

**Heidelberg:** ao. Prof. Dr. rer. nat. Armin Weiß (Anorganische Chemie) hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Würzburg abgelehnt.

**Tübingen:** Prof. Dr. phil. Ralf Dahrendorf (Soziologie) hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Wien abgelehnt.

#### NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

**Braunschweig:** Zum Institutsdirektor wurden ernannt: Prof. Dr. phil. Otto Hietsch für Anglistik und Amerikanistik; Prof. Dr.-Ing. Herbert von Weingraber für Meßtechnik und Austauschbau; Prof. Dr. phil. Franz Keßler für Physik; Prof. Dr.-Ing. Werner Leonhard für Elektrische Antriebe und Regelungstechnik; Prof. Dr.-Ing. Karl Heinrich Doetsch für Flugführung.

#### GASTPROFESSUREN

**Braunschweig:** Dipl.-Ing. Milan Hrivnac von der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften in Brünn hält im WS 64/15 als Spezialist auf dem Gebiete der Gaschromatographie Vorträge und Vorlesungen.

**Frankfurt:** Dr. phil. Hans-Magnus Enzensberger wurde für das WS 64/65 auf die Stiftungs-Gastdozentur berufen.

#### AKADEMISCHE EHRUNGEN

##### a) Ehrenpromotionen

**Braunschweig:** Die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber wurde Prof. Dr. Albert Schweitzer/Lambarene (Zentral-Afrika) verliehen.

**Münster:** Prof. D. theol. Ernst Kinder (Dogmatik, Theologiegeschichte und Symbolik) wurde von der Universität „Abo-Akademie“ (Turku) Finnland die Würde eines Dr. theol. ehrenhalber verliehen.

##### b) Ehrensensoren

**Hamburg:** Herrn Eduard Söring, Direktor der B. A. T. Cigaretten-Fabriken G. m. b. H., wurde zum Ehrensensator ernannt.

#### TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

**Braunschweig:** Prof. Dr. rer. nat. Wolfgang Schneider (Pharmazeutische Chemie) wurde von der Associazione Italiana dei Storia della Farmacia ihre jährlich verliehene Auszeichnung „Lauri del Palatino“ zuerkannt. — Priv.-Dozent Dr. rer. nat. August Winsel (Technische Chemie, Physik) hat die Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz ihren Preis 1964 verliehen.

**Hamburg:** Prof. Dr. med. Dr. rer. nat. h. c. Widukind Lenz (Humangenetik) ist auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde mit dem Otto-Hübner-Preis ausgezeichnet worden.

**Kiel:** Prof. Dr. med. A. W. Fischer (Chirurgie) wurde von der Deutschen Gesellschaft für Klinische Medizin in Berlin zum Ehrenmitglied ernannt.

#### SONSTIGE ERNENNUNGEN UND AUFTRÄGE

**Braunschweig:** Zum Kustos wurden ernannt: wiss. Ass. Dr. rer. nat. Bruno Wolters am Pharmakognostischen Institut und wiss. Ass. Dr.-Ing. Werner Klenke am Institut für Thermodynamik. — Zum Oberingenieur wurden ernannt: wiss. Ass. Dipl.-Ing. Winfrid Busse (Institut für Landmaschinenbau); Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Klaus Immelman (Zoologisches Institut); Dr. rer. nat. Hans-Jürgen Gäbler (Leichtweiß-Institut für Wasserbau); Priv.-Doz. Dr. oec. Ernst Gerth (Institut für Wirtschaftswissenschaften).

**Erlangen-Nürnberg:** Prof. D. v. Loewenich (Historische Theologie) wurde zum Präsidenten der Luthergesellschaft gewählt; er hat sein Amt von Prof. D. Althaus übernommen.

**Hamburg:** Zum Oberarzt wurden ernannt: Priv.-Doz. Dr. med. Johannes Dieckmann (Neurologische Universitätsklinik); Priv.-Doz. Dr. med. Dr. med. dent. Horst Günther (Universitätsklinik für Hals-, Nasen-, Ohren- und Kieferheilkunde). — Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Wolfgang Wetterling wurde am Institut für Angewandte Mathematik zum Oberassistenten ernannt. — Prof. Dr. rer. pol. Karl Schiller (Volkswirtschaftslehre) wurde in das Kuratorium des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gewählt.

**Heidelberg:** wiss. Ass. Dr. rer. nat. Hermann Hirsch wurde beim Institut für Angewandte Physik zum Kustos ernannt.

**Münster:** Prof. Dr. med. Heinrich Reploh wurde in den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesärztekammer berufen.

#### EHRUNGEN UND ERNENNUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER IM AUSLAND

**Hamburg:** Prof. Dr. forest. Walter Liese (Holzwirtschaft, Holzbiologie) ist in den Vorstand der International Association of Wood Anatomists, Zürich/Schweiz, gewählt worden. — Prof. Dr. jur. Konrad Zweigert (Bürgerliches Recht, Zivilprozeßrecht, Rechtsvergleichung und Internationales Privatrecht) ist vom Comité International de Droit Comparé auf zwei Jahre zum Präsidenten der Association Internationale des Sciences Juridiques, Paris/Frankreich gewählt worden.

**München:** Prof. Dr. med. Dr. med. dent. Alfred Marchionini (Haut- und Geschlechtskrankheiten) wurde zum Ehrenmitglied der Societé Française de Dermatologie et de Syphiligraphie gewählt.

#### MITGLIEDSCHAFT IN AUSLÄNDISCHEN GESELLSCHAFTEN

**Hamburg:** ao. Prof. Dr. med. Rudolf Kautzky ist von der Skandinavischen Gesellschaft für Neurochirurgie / Kopenhagen / Dänemark zum korrespondierenden Mitglied ernannt worden.

**Münster:** Prof. Dr. theol. Paul Jacobs (Reformierte Theologie) ist in das Präsidium der Societas Ethica in Basel berufen worden.

**Tübingen:** Prof. D. Otto Michel wurde in die World Union of Jewish Studies als Mitglied aufgenommen.

#### BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

**Berlin (FU):** Prof. Dr. phil. Alfred Dinghas (Mathematik) wurde von der Syracuse University zu einer Reihe von Vorlesungen eingeladen, die im Rahmen eines Visiting Scientist Program von der National Science Foundation stattfinden werden. — Prof. Dr. rer. nat. R. Riem-schneider (Biochemie) erhielt einen Ruf an die Universität Santa Maria / Brasilien, verbunden mit dem Auftrag, den gesamten Aufbau der Chemie zu übernehmen und zu leiten.

**Braunschweig:** Prof. Dr. phil. Ferdinand Schneider und der Lehrbeauftragte Dr. Albert Emmerich wurden von der Universität Ferrara / Italien zu Vorträgen eingeladen.

**München:** Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Hildebert Wagner (Pharmakognosie) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Wien erhalten.

**Tübingen:** apl. Prof. Dr. med. Hartweg (Medizinische Strahlenkunde) hat den an ihn ergangenen Ruf auf ein Ordinariat der Universität Basel angenommen.

#### GEBURTSTAGE

**Bonn:** em. Prof. Dr. med. Friedrich Sander (Psychologie) vollendete am 18. November sein 75. Lebensjahr. — Hon.-Prof. Dr. Robert Potonie (Kohlenpetrographie) vollendet am 2. Dezember sein 75. Lebensjahr.

**Göttingen:** em. Prof. Dr. phil. Ludolf Malten (Klassische Philosophie) vollendete am 11. November sein 85. Lebensjahr.

**Hannover (TH):** Prof. Dr. phil. Günther Schiemann (Technische Chemie) vollendete am 7. 11. sein 65. Lebensjahr.

**Heidelberg:** em. Prof. Dr. med. Dr. phil. h. c. Josef Hämel (Direktor der Universitäts-Hautklinik) vollendete am 18. 11. sein 70. Lebensjahr.

**Karlsruhe:** em. Prof. Dr.-Ing. Hans Jungbluth (Mechan. Technologie und Materialprüfung) vollendete am 14. 11. sein 70. Lebensjahr. — em. Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Heinrich Wittmann (Wasserbau, Wasserwirtschaft) vollendete am 7. 11. sein 75. Lebensjahr.

**München:** Prof. Dr. phil. Max Spindler (Mittlere und Neuere Geschichte) vollendete am 18. 11. sein 70. Lebensjahr. — apl. Prof. Dr. jur. Heinrich Ubbelohde-Doering (Völkerkunde) vollendete am 25. 11. sein 75. Lebensjahr.

#### JUBILÄEN

**Hamburg:** Prof. Dr. phil. Walter Matthes (Vorgeschichte und Germanische Frühgeschichte) beging sein 40jähriges Dienstjubiläum.

#### TODESFÄLLE

**Bonn:** em. Prof. Dr. phil. Dr. phil. et. litt. h. c. Franz Steinbach (Geschichte der Rheinlande, Sozial- und Wirtschaftslehre) verschied am 7. 11. 1964.

24. 11.

**Deutsche Forschungsinstitute und Museen.** (III.) Die deutsche Akademie für Sprache und Dichtung. (Saarl. Rdf. II, 18.45).

**Das Salzburger Nachtstudio.** Der Mensch im Kosmos. Univ.-Prof. Franz Martin Schmölz / Salzburg: Der Mensch in der pluralistischen Gesellschaft. (Österr. Rdf. II, 22.45).

25. 11.

**Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen.** Dr. Heinz Prokopp: Psychiatrische Auswirkungen der Alkohol- und Medikamentensucht. (Österr. Rdf. II, 17.15).

**Aus Wissenschaft und Forschung.** (Deutschlandfunk, 17.30).

**Hochschulnachrichten.** (Saarl. Rdf. II, 17.55).

26. 11.

**Aus Wissenschaft und Forschung.** Deutschlandfunk, 10.10).

**Bildungsfragen der Gegenwart.** Programmierter Unterricht. Man.: Prof. Dr. Zielinski / Aachen. (Hess. Rdf. II, 17.15).

**Die Situation der Studentenpresse.** (Hess. Rdf., II, 20.05).

**Die Vorlesung.** Prof. Dr. Kurt Goldammer / Marburg: Das Gespräch zwischen den Konfessionen. (Hess. Rdf. II, 20.15).

**Das kranke Herz.** (9) Die Chirurgie der Herz- und Gefäßkrankheiten. Von Prof. Dr. Fritz Linder / Heidelberg. (SDR/UKW II, 21.00).

**Internationale Rundfunk-Universität.** 1. Der befragte Mensch. Die Gruppendiskussion als Instrument der Sozialforschung. Von Heribert Adam / Frankfurt. — 2. Philosophische Strömungen der Gegenwart. Benedetto Croce und die europäische Kultur (II). Von Prof. Eugenio Garin / Florenz. — 3. So schnell wie das Licht. Licht und das Atom (II). Von Prof. Otto-Robert Frisch / Cambridge. (Hess. Rdf. II, 22.00).

**Aus dem Hochschulleben.** Kommentare und Berichte. (SDR/UKW II, 22.40).

27. 11.

**Aus Naturwissenschaft und Technik.** (WDR, 17.20).

28. 11.

**Aktuelle Naturwissenschaft.** Aus Forschung und Technik in England und Übersee. (SFB II, 11.15).

29. 11.

**Lebendige Wissenschaft.** Dozent Dr. Günther Lanckowski / Heidelberg. Aufstieg und Untergang des Inkareiches als religiöses Phänomen. (SDR. 10.05).

**Die Aula, die Stunde der Universitäten.** Prof. Kurt Sontheimer: Der Antihistorismus des gegenwärtigen Zeitalters. (SWF, 11.30).

**Demokratie als Maß und Wert.** Von Prof. Dr. Gerhard Leibholz. (Saarl. Rdf. I, 11.00).

30. 11.

**Die Internationale Radiouniversität.** Philosophische Strömungen der Gegenwart. Univ.-Prof. Dr. Hans Georg Gadamer / Heidelberg: Die Phänomenologie. (Österr. Rdf. II, 14.35).

**Kongressbericht.** Elektrizitätsversorgung durch Kernenergie. Bericht aus Aachen. (Deutschlandfunk, 22.00).

1. 12.

**Deutsche Forschungsinstitute und Museen.** (IV.) Das kulturhistorische Museum in Schloß Gottorf in Schleswig. (Saarl. Rdf. II, 18.45).

**Das Salzburger Nachtstudio.** Der Mensch im Kosmos. Univ.-Prof. Dr. Jakob Hommes / Regensburg: Der Mensch im Weltbild des dialektischen Materialismus. (Österr. Rdf. II, 22.15).

2. 12.

**Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen.** Univ.-Doz. Dr. Johann Sofer: Die Sprachgeographie. Ein wenig bekannter Teil der Sprachwissenschaft. (Österr. Rdf. II, 17.15).

**Aus Wissenschaft und Forschung.** (Deutschlandfunk, 17.30).

**Hochschulnachrichten.** (Saarl. Rdf. II, 17.55).

**Lebendiges Hellas** — Das Erbe der griechischen Antike (11). Prof. Harald Reiche: Sokrates und Platon (Bayer. Rdf., Studienprogramm, 20.15).

**Der menschliche Körper** (11). Prof. Hans Schaefer: Weltorientierung. (Bayer. Rdf., Studienprogramm, 20.45).

**Kleine Schule des philosophischen Denkens** (11). Prof. Karl Jaspers: Liebe. (Bayer. Rdf., Studienprogramm, 21.40).

3. 12.

**Aus Wissenschaft und Forschung.** (Deutschlandfunk, 10.10).

**Forscher zu Gast.** Der Zoologe Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Ulrich / Dresden. (Österr. Rdf. II, 17.15).

**Die Vorlesung.** Prof. Dr. Arkadius Gurland / Darmstadt: Vom Werden der Industriegesellschaft. (Hess. Rdf. II, 20.15).

**Das kranke Herz.** (10.) Prof. Dr. Herbert Reindell / Freiburg: Bewegungstherapie für Herz- und Kreislaufkranke. (SDR/UKW II, 21.00).

**Aus Wissenschaft und Technik.** Die wöchentliche Umschau. (SDR/UKW II, 21.30).

**Aus dem Alltag des Forschers** (I). Gespräche im Max-Planck-Institut für Geschichte / Göttingen. (Radio Bremen II, 21.30).

**Internationale Rundfunk-Universität.** 1. Der befragte Mensch. Zur gesellschaftlichen Funktion der Meinungsforschung. Von Dr. Manfred Teschner / Frankfurt. — 2. So schnell wie das Licht. Die Durchforschung des Spektrums: Mikrowellen. Von Prof. Alexander L. Cullen / Sheffield. — 3. Die Anästhesie bei alten Leuten. Von Dr. Jules Casaer / Belgien. (Hess. Rdf. II, 22.00).

4. 12.

**Die Internationale Radiouniversität.** Philosophische Strömungen der Gegenwart (2). Univ.-Prof. Dr. Hans Georg Gadamer / Heidelberg: Die Existenzphilosophie. (Österr. Rdf. II, 14.35).

**Vier Antworten auf die Frage nach der Unsterblichkeit.** (III.) Die Stellungnahme eines katholischen Theologen: Prof. Norbert Luyten. (Radio Bremen II, 20.00).

**Die griechische Tragödie — Wesen und Wirkung.** (2.) Antigone: Das griechische Modell. Von Prof. Walter Jens. (Bayer. Rdf., Studienprogramm, 20.15).

5. 12.

**Erwachsenenbildung heute.** Internationale Umschau. Von Dr. Karl A. Grüner. (SFB II, 11.30).

**Kulturpolitischer Kommentar.** Von Prof. Dr. Hans Wenke / Hamburg. (NDR II, 21.05).

6. 12.

**Lebendige Wissenschaft.** Prof. Dr. Erich Fehner / Tübingen: Wem dient das Recht? (SDR, 10.05).

**Die Aula, die Stunde der Universitäten.** Prof. Kurt Sontheimer: Der Antihistorismus des gegenwärtigen Zeitalters. (SFB, 10.30).

**Sternmaterie im Laboratorium — Der Plasmazustand.** Von Prof. Dr. Werner Braunbek. (Saarl. Rdf. I, 11.00).

7. 12.

**Die Internationale Radiouniversität.** Philosophische Strömungen der Gegenwart (3). Univ.-Prof. Dr. Hermann Lübbe / Bochum: Martin Heidegger. (Österr. Rdf. II, 14.35).

**Wissenschaft aus erster Hand.** Univ.-Ass. Dr. Heimo Latal: Grundlage der modernen Physik — Die Relativität von Raum und Zeit. (Österr. Rdf. I/Graz, 20.15).

**Der Nobelpreis.** Eine Dokumentation von Walter Schmieding und Karl Heinz Scheibenpflug. (Zweites Deutsches Fernsehen, 20.15).

8. 12.

**Deutsche Universitäten.** (II.) Hamburg. (Saarl. Rdf. II, 18.45).